

L. VII. 1930

R. Jahrgang X Nr. 13

1. Juliheft 1930

Großes
Bücher
Ring

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln. Der Rhein fekt;
Dr. Böden, Rückblick auf 12 Jahre Freiherrlichkeit am Rhein; Georg Dreyer, Köln.
Als wir befreit waren; Die französische Sicherheit nach der Bäumung; Arno
Göttert, Die Notknecht; Doctor Gilberto letzter Bericht; Reg.-Bei Horowitz,
Tribünen und deren Konkurrenz; Albrecht Görl, Die Volksabstimmung
in Ost und Westpreußen im Jahre 1920; Wergitsch, Nach der Volksabstimmung.

In Kommission:
Zentralverlag 6.-M. Berlin W 35
Halbjährlich 3,60 Mark / Jährlich 7,20 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Deutschlands Strom

Der Rhein frei!

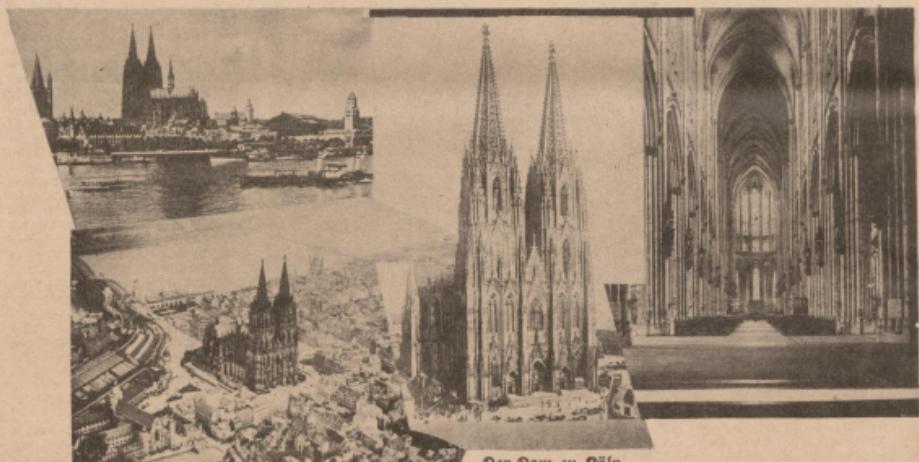
Von Dr. Adenauer, Oberbürgermeister der Stadt Köln.



Die rheinische Bevölkerung freut sich mit Freude den Tag, an dem der letzte Besatzungssoldat den rheinischen Boden verläßt. Wir wollen diesen dankwürdigen Tage, der den Abschluß jener leidvollen Zeit bildet, die mit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 anbegan, keine dunklen Erinnerungen in uns wachrufen. Über das dürfen wir Rheinländer heute wohl vor der Geschichte feststellen, daß wir für unsere und des Rheins Freiheit in den zurückliegenden zwölf Jahren viel geleistet haben. Ich will diese Leiden jetzt nicht aufzählen; der Gedanke, daß wir nicht umsonst gekämpft und gelitten haben, daß wir alles für die deutsche Volksgemeinschaft und für die Zukunft des Deutschen Reiches ertragen, soll uns vieles vergessen lassen. Was aus der Besatzungszeit aber nachwirkt, das sind die zahlreichen wirtschaftlichen Schäden, die dem Rheinland zugefügt worden sind. Es ist nicht von ungefähr, daß das einst blühendste Arbeitsland des Reiches, der Westen Deutschlands, prozentual die höchsten Arbeitslosenziffern aufzuweisen hat. Der Grund hierfür liegt zum sehr

großen Teil in den Störungen und Hemmungen, unter denen die ganze rheinische Wirtschaft während der Besetzungszeit zu leiden hatte. Dieser Hinweis scheint mir nötig, weil das beseitigt gewesene Rheinland sich allein nicht helfen kann, weil es auf die Hilfe des Reiches und des Staates angewiesen ist, und weil gerade in unserer Zeit das Gestern über dem Heute nur so leicht und zu schnell vergessen wird.

Wenn es mir am Herzen liegt, daß die Schäden der Besetzung bald beseitigt werden und das Rheinland wieder entwidlungsfähig gemacht wird, dann habe ich doch auch die Zukunft im Auge. Wir Rheinländer betonen mit stolzer Genugtuung, daß uns für alle Zukunft genau so wie in der jüngsten bitteren Vergangenheit die Freiheit des deutschen Stromlandes wichtiger sein wird als das persönliche Wohlergehen des einzelnen. Über das Rheinland ist Grenzland geworden, es steht nach wie vor auf vorgeschenbem Posten. Für wirtschaftliche Gefundheit des Grenzlandes zu sorgen, ist ein erprobter, elementarer Grundsatz jeder Staatspolitik. Nur ein wirtschaftlich gesundes Rheinland wird seine geschichtliche Aufgabe, Hälterin und Känterin deutschen Wesens und deutscher Kultur und gleichzeitig Brücke zu den übrigen westeuropäischen Ländern zu sein, ganz erfüllen können.



Der Dom zu Köln

Rückblick auf zwölf Jahre Fremdherrschaft am Rhein.

Von Dr. Karl Baden.

Am 30. Juni 1919 hat die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Besetzung des Rheinlandes, die nach dem Wortlaut des Vertrages bis zum 10. Januar 1935 dauern sollte, ihr Ende gefunden. Mit dem Abmarsch der letzten französischen Truppen aus der dritten Besetzungszone hat — es ist keine Übertreibung dies auszusprechen — eine Epoche der deutschen Geschichte ihren Abschluß gefunden. Sie hatte mit dem Einmarsch der ersten Vorküsten der alliierten Truppen ins Rheinland am 1. Dezember 1918 ihren Anfang genommen. Von einem bedeutungsvollen Geschichtsschafft zu sprechen, ist man nicht so sehr deshalb berechtigt, weil der vorläufige verlorene Krieg während dieser zwölf Jahre das Schiefal der Besetzung durch die Truppen der siegreichen Kriegsgegner ertragen mußte, sondern in viel höherem Maße, weil in dieser Zeit und mit in erster Linie als Folge dieser Besetzung die deutsche Nation und ihr Staat um Sein oder Nichtsein kämpfen mußten, das durch Bismarck gegenwärtiges Ergebnis der neueren deutschen Geschichte, die Reichseinheit, in Frage gestellt war und durch den Willen des deutschen Volkes und die weltpolitische Konstellation von neuem bestätigt und für unabsehbare Zeit gesichert wurde. Wie dürfen uns heute rückblickend noch einmal fragen, ob in dieser zwölfjährigen Geschichtsepisode das deutsche Volk sich seiner Vergangenheit wert Wille die größten Gefahren, die es bedrohten, überwand. Wie erwies, wie sein politischer Überblick das hoffentlich leichte Kapitel jenes tausendjährigen Kampfes um den Rhein, den früher Römer und Germanen, später Franzosen und Deutsche immer wieder zum Kampf antreten ließ, und der mehr als einmal Europa als Ganzes in Flammen setzte. Durchdringen wir uns mit dem Gefühl für die Bedeutung der Stunde, wenn um Mitternacht des 30. Juni die französische Trifolire im Rheinland niedergeholt und die Fahne der deutschen Republik an ihrer Stelle hochgezogen wird. Es ist eine symbolische Handlung, die sich die volljährige, eine Bestätigung tausendjährigen Schicksals, die Besetzung des Willens einer langen Reihe von Generationen, ein Sieg deutschen Volksstums und deutscher Kultur an der zentralen Stelle Europas. Denn noch einmal ward in diesem zwölf Jahren die Frage aufgeworfen, ob der Rhein deutsch oder französisch, ob das Land an ihm lateinisch oder germanisch sein würde, und ob die staatenbildende Kraft deutschen Volkswillens vor französischem Macht- und Herrschaftsdruck verzagen oder sich siegreich bestätigen würde. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß es sich in dem Sattel halten kann, in dem es der größte Staatsmann, den ihm in der neueren Zeit das Schicksal schenkt, Bismarck, gesetzt hatte. — Wert und Bedeutung dieser Stunde kann man schwerlich unmittelbarer inne werden, als wenn man die wichtigsten Daten und Ereignisse dieser letzten zwölf Jahre noch einmal in aller Nüchternheit an sich vorüberziehen läßt, ohne viel Kommentar. Hat sie doch jeder von uns noch in unmittelbarer Erinnerung und vernagt ihren Sinn und ihre Wirkung aus eigenem Erleben zu erfassen.

Sohn der Waffenstillstand vom 11. November 1918 sah im Artikel 5 und 6 feindliche Besetzung des rheinischen Gebiets vor, und fünfzig kriegstarke Divisionen warf der feindliche Oberbefehlshaber, Marschall Foch, vom 1. Dezember 1918 an ins Rheinland. Der Belagerungszustand mit all seinen qualvollen Folgen, wie Szenen, Kontrolle des verschiedensten Art, Wirtschaftszwang, Kriegs- und Militärpolizeigewalten, legte sich bedrückend auf das ganze private und öffentliche Leben. Schon die erste Verlängerung des

Waffenstillstandes am 15. Dezember 1918 brachte Erweiterungen der Gebietsbesetzung in Zahl und Vorbehalt für weitere Ausdehnung der Besetzung. Die Zeit des Waffenstillstandes gab ferner einen nur zu deutlichen Aufstieg für das bevorstehende große politische Ringen zwischen Deutschland und Frankreich um den Besitz dieser deutschen Kernländer. Die französischen Generale Gérard in der Pfalz und Mangin in Mainz zählten sich zuerst, die Jahrhundertealte Tradition der französischen Rheinpolitik und der liberté germaniques wieder aufzunehmen und die Restrukturierung der linksrheinischen Gebiete vom deutschen Reichs- und Volkskörper zu betreiben. Im Schauspiel des Befreiers versuchten sie das rheinische Volk zur Sympathie für Frankreich und zur Trennung von Deutschland zu bewegen. Am 1. Juni 1919 injizierte Gérard mit Hilfe einiger Behörden die Ausrufung einer autonomen Pfalzrepublik, die mit einem läßigsten Plauso endete, und General Mangin versuchte in Koblenz mit Hilfe des Dr. Dörten, familiären Angedenkens, einen ähnlichen Putsch mit demselben läßigsten Ergebnis. Die Wachsamkeit des Befehlshabers der amerikanischen Besatzungstruppen führte jedoch zu dem berühmten Briefe Wilsons vom 22. Mai 1919 an Clemenceau, der einen scharfen Protest gegen die Machenschaften der politisierenden französischen Generäle darstellte

und die französische Regierung zwang, diese zu desanuieren. Inzwischen hatte auf der Friedenskonferenz in Paris der diplomatische Kampf um den Rhein eingesezt. Nicht umsonst hatte die französische Regierung durch den geheimen Notenwechsel vom 14. Februar 1917 mit der russischen Regierung ihre Kriegszusage am Rhein im Sinne der Restrukturierung aller linksrheinischen Gebiete vom Deutschen Reich festgelegt. Jetzt galt es, die Erteile in die Scheunen zu bringen. Die französische Militärs, allen voran Foch, hatten schon seit November 1918 in langen Denkschriften die forschende nach dem linken Rheinufer begründet, und nun trat dasselbe mit neuen Argumenten des Hauptmitarbeiter Clemenceaus, Tardieu. Monatelang stand die Frage des linken Rheinufers nun im Mittelpunkt der Verhandlungen. Versuchte durch einen am 12. März 1919 vorgelegten Vertragsentwurf Tardieu die französische Regierung unter dem Deckmantel von Völkerbundpräsenz die Trennung des Rheinlandes von Deutschland festzulegen, und erfuhr sie dabei eine Ablehnung von Seiten Englands und Amerikas, so rang sie wenigstens am 20. April Wilson die fünfzehnjährige Besetzung ab. Troch des Widerstandes Floyds Georges erreichte schließlich Clemenceau die Aufnahme jener Bestimmungen in den Versailler Vertrag, die in den Artikeln 42 bis 44 die Entmilitarisierung des Rheinlandes und der 50-km-Zone rechts des Rheines und in den Artikeln 428 bis 431 die Besetzung auf fünf, zehn und fünfzehn Jahre festhielten. Die Modalitäten der Besetzung wurden durch das dem Versailler Vertrag beigelegte, dreizehn Paragraphen umfassende Rheinlandabkommen geregelt, das mit dem Versailler Vertrag am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde. Besonders zäh hielten die Franzosen um das Saargebiet gekämpft, das in jenem französisch-russischen Notenwechsel vom 14. Februar 1917 ausdrücklich zur Einerwerbung in Frankreich vorherbestimmt worden war. Beim Saargebiet erreichte man im Friedensvertrag die Besetzung der deutschen Souveränität und seine Unterstellung unter den Völkerbund bis 1935.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 begann die vertragsmäßige Regelung der Besetzung. Das Rheinlandabkommen sah als oberste Vertretung der alliierten



Links: Französische Truppen blicken hinüber zum Deutschen Ufer.

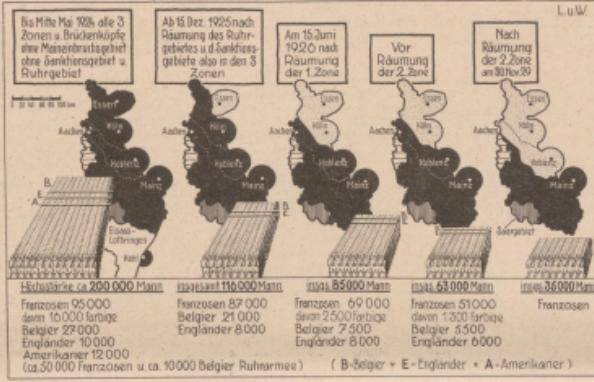


Rechts: Französische Polizei an derselben Stelle.

Mächte im Rheinland die „Internationale Rheinlandkommission“ vor, mit einem Franzosen als Dorfshändler und je einem englischen, belgischen und amerikanischen Mitglied. Dorfshändler wurde der französische Verwaltungsbeamte Paul Tirard, Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen General Georges. Die Rheinlandkommission hatte nach dem Rheinlandabkommen das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft, sogenannte Ordonnances zu erlassen, durch die die Sicherheit und die Unterhaltsbedürfnisse der Bevölkerungstruppen sichergestellt werden sollten. Es zeigte sich sehr bald, dass diese Ordonnansen einer der Hölle werden sollten, mit denen die französische Politik im Rheinland ihre Ziele zu erreichen versuchte. War sie doch weit davon entfernt, die Beleidigungen des Friedensvertrages, zu denen sie sich nur höchst widerwillig und nach langen Kämpfen bereitgefunden hatte, nun auch als Rechtsgrund ethisch anzuerkennen. Ganz im Gegenteil hatte sie die fünfjährige Besetzung deutschen Gebietes nur deshalb durchgeführt, weil sie darin einen Erfolg ihrer weitergehenden Forderungen auf Trennung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland sah und den Hintergedanken hatte, während der Besetzungszeit auf Umwegen doch noch zu erreichen, was die Alliierten in Versailles versagt hatten. So ging man denn bewusst daran, alle austollenden Tendenzen zu fördern und zu verbreiten. Die freie Meinungsäußerung der deutschen Presse wurde verhindert, Filme und Bücher irgendwelcher nationaler Tendenz, ja sogar das Singen wälderlicher Lieder verboten, das Tragen der deutschen Flagge möglichst inhibiert, das deutsche Beamtenamt, in dem man mit Recht ein Hauptquartier deutscher Widerstandes sah, sfamiliert und vielfach abgesetzt und Vereine und Verbannungen möglichst unterdrückt. Andererseits war man eifrig bemüht, durch französische Sprachkurse, Kindergarten, französische Kunst und eigens gegründete Presseorgane französisches Wesen zu verbreiten. Vor allem aber wurde die schon von den Generälen Gréard und Mangin betriebene Separatistpolitik stellvertretend wieder aufgenommen. Auch mit ihr blieb die französische Politik ja nur im Rahmen Jahrhundertealter Tradition.

Hatte man in früheren Jahrhunderten die deutschen Territorialfeinde gegen die Reichsgewalt und gegeneinander ausgespielt, so sollten jetzt separatistische Bewegungen im selben Sinne großgeschüttet werden. Die zweitshäufigsten Erbfeinden eines Dorfes, Smeets und Matthes wurden mit allen Mitteln unterstützen und durch besondere Ordonnanzen gegen den Zugriff der deutschen Justiz bzw. den Unwillen des Volkes geschützt.

Der andere Hölle, durch den man das Rheinland vom Reich wegbewegen wollte, war die Reparationsfrage. Die phantastische Höhe der Reparationsforderungen war ja deutlich mit dem Hintergedanken aufgeturnt worden, dass das deutsche Volk sie niemals werde abtragen können und dadurch Ausübung des Versailler Vertrages zu neuen Zwangsmassnahmen und weiterer Ausübung des Versailler Vertrages zu französischen Erwerbsteinen Anlaß bieten würde. Dafür erfanden die in Adelsfamilien knüpfen so erfahrenen französischen Politiker das Wort „Sanktionen“. Jahrlang hing dieses Damoklesschwert über dem deutschen Volkes von so vielen Sorgen erfülltem Haupte. Schon im Frühjahr 1920, also nur wenige Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, fing es an. Als zur Niederoberung eines kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet die deutsche Regierung



Das Verschwinden der fremden Truppen

gerichtet, wie man sie für die Zwecke der französischen Reparationspolitik im Rheinland am wirksamsten erachtete. Schon im Artikel 270 des Versailler Vertrages hatten die Alliierten sich vorbehalten, für das deutsch von ihnen Truppen besetzte Gebiet eine eigene Zollordnung, sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr in Geltung zu setzen“. Hierauf wurden später die schwerwiegenden „Sanktionsmaßnahmen“ begründet. Da der Versailler Vertrag die Summe der deutschen Reparationen nicht festsetzte, sondern dies der Reparationskommission vorbehalten hatte, fixierte diese 1921 die Reparationssumme, und zwar auf 226 Milliarden Goldmark. Stimmt die deutsche Regierung dieser unmöglich Forderung nicht sofort zu, so hatte sie wieder „Sanktionen“ zu gewährten, und zwar folgte die erste neue Drohung des Artikels 270 des Versailler Vertrages wahrmachen, d. h. die Beschlagnahme der Hölle an der Westgrenze und die Errichtung einer neuen Zolllinie an der Ostgrenze des besetzten Gebietes enthalten, während die zweite die Besetzung weiterer deutscher Landes, nämlich der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vorsah. Als die Frist des für die Annahme der unmöglich Tributforderung von 226 Milliarden der deutschen Regierung gestellten Ultimatums am 7. März 1921 abfiel, wurden die genannten drei Städte sofort besetzt, und am 8. März gab die Rheinlandkommission ihre Ordonnanz Nr. 72 heraus, durch die sie sich die gesamte deutsche Zollverwaltung im besetzten deutschen Gebiet aneignete. Auf Grund der Ordonnanz 81 vom 8. April 1921 wurde dann an der Ostgrenze des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches getrennt wurde, wodurch der erste Schritt zur wirtschaftlichen Trennung des Rheinlandes von Deutschland getan werden sollte. Ein besonderes Ein- und Ausfuhramt mit Sitz in Bad Ems sollte Aus- und Einfuhrkontrolle beobachten, und auch die drei Städte wurden nicht geräumt.

Eine neue Konferenz der Alliierten hatte vom 1. bis 5. Mai 1921 die deutsche Reparationssumme, diesmal auf 152 Milliarden Goldmark, festgelegt, und der Deutsche Reichstag beugte sich einem neuen Ultimatum am 11. Mai 1921. Damit entfiel der Grund für die beiden vorher ergriffenen Sanktionen“. Jedoch ward nur ein Teil der selben aufgehoben. Die Zollgrenze wurde befehligt, die Zollverwaltung wurde zurückgegeben, jedoch die Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle beobachtet, und auch die drei Städte wurden nicht geräumt.

Bald sollte die französische Sanktions- und Reparationspolitik ihren Höhepunkt erreichen. Wollte man Deutschland auch wirtschaftlich aus der Reihe der Großmächte streichen, so musste man sich vor allem des ans besetzte Gebiet direkt anschließenden Ruhrgebietes bedenken. Auf dieses wort auch die französische Schwerindustrie, die zu den ungeborenen Erzvorräten Frankreichs des Ruhrkofes bedurfte, begehrte Blüte. Hatte der Versailler Ver-



Die Rhine-Befreiungssieger vor dem Dom am 31. Januar 1926 (Rhine-Museum, Koblenz)

Ende der Sondervorschriften

Freispräche von den Besetzungstruppen
172 verhängte Strafen im Jahre 1927

Geklaftes im Wert von rund 40 000 RM

Gefangenstrafen ohne Strafaufschub (durchschn. 4½ Mon.)

Gefangenstrafen mit Strafaufschub (durchschn. 1½ Monat)

124 Verhängte Strafen:



finden. Die Reparationsfrage bot ihm nur allzu leicht, da die Erfüllung unmöglich Forderungen verlangt wurde. Nachdem Poincaré am 15. Januar 1922 Ministerpräsident und sein Freund Barthou im Herbst 1922 Vorsitzender der Reparationskommission geworden waren, schienen die Vorbereitungen für eine großzügige Sanctionspolitik gegeben. Weil Deutschland einige tausend Gefesselte noch rechtzeitig geliefert hatte, stellte die Reparationskommission am 26. Dezember 1922 eine vorläufige Richterstellung des Versailler Vertrages fest. Deutschland Gefuch um ein Moratorium wegen des immer schwächeren Vertrages der deutschen Währung beantwortete Poincaré mit dem Plan, durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich selbst das Recht zu machen, und er prägte dazu das Schlagwort von der Erziehung „produktiver Pfänder“. England lehnte es ab, diesen Weg zu beschreiten. Nachdem die Reparationskommission am 10. Januar 1923 neuerdings die Richterstellung der deutschen Verpflichtungen festgestellt hatte, blinzelte Poincaré für den folgenden Tag die Besetzung des Ruhrgebietes an. Seine Note an die deutsche Regierung ist ein demerkenswertes Dokument politischer Heimwehlei. Sie verucht nicht aufrechtzuhalten, als ob es sich nicht um eine vertragswidrige militärische Besetzung des Gebiets, sondern um eine den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechende friedliche Maßnahme, nämlich um die Entsendung einer aus Ingenieuren bestehenden Kontrollkommission, handele. In Wirklichkeit versuchte Poincaré, mit Hilfe einer aus fünf französischen Divisionen und einer belgischen bestehenden Truppenmasse von 60 000 Mann, die Hand auf Deutschlands Kohlenbasen zu legen und damit Deutschland wirtschaftlich völlig in seine Macht zu bekommen. Die Besetzungstruppen verblieben sofort den Belagerungsmodus und mäten sich dadurch die Regierungs- und Besetzungskraft an.

Freilich hatte das, abgesehen davon, daß England keine Beteiligung ausdrücklich ablehnt hatte, politische Folgen von Bedeutung. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, verfügte bereits am 10. Januar, daß die amerikanischen Besetzungstruppen das Rheinland verlassen müssten, und am 24. Januar wurde die amerikanische Flagge auf dem Eichenbergturm eingezogen. Der Befehlshaber der amerikanischen Truppen, General Allen, hat bald nachher durch Veröffentlichung seines Tagesschreibers wertvolles Material über die politischen Hintergründe der Besetzung, besonders bei den Franzosen, veröffentlicht und dadurch sicher die moralische Diskreditierung dieses Systems wesentlich fördern helfen. Aber Poincaré ließ sich nicht beirren. Sein Plan der Erziehung „produktiver Pfänder“ wurde nun systematisch durchgeführt. Durch die Beschlagnahme der Kohlensteine, die Schaffung einer Kohlenkommission, der sogenannten Micum, die Beschlagnahme der Zölle und Ausfahrtabgaben an der Westgrenze, der bald die Aufrichtung einer Zolllinie an der Ostgrenze

der französischen Eisenindustrie die die deutschen Kohlentransporte hinzugefügt, so war es verloren, zu dieser führenden Stellung hinreichlich des Eisens man auch noch die Herrschaft über die Kohle hinzuzufügen. Welche gewaltige Machtfülle hätte Frankreich dadurch erreicht! Die Vereinigung der größten Militärmacht und des größten kombinierten Heeres an Eisen und Kohle hätte eine französische Hegemonie für Frankreich bedeutet, neben der alles andere in Europa hätte klein erscheinen müssen. So galt es denn, einen Dornröschen für die militärische Besetzung des Ruhrgebiets zu allzu leicht, da die Erfüllung unmöglich Forderungen verlangt wurde. Nachdem Poincaré am 15. Januar 1922 Ministerpräsident und sein Freund Barthou im Herbst 1922 Vorsitzender der Reparationskommission geworden waren, schienen die Vorbereitungen für eine großzügige Sanctionspolitik gegeben. Weil Deutschland einige tausend Gefesselte noch rechtzeitig geliefert hatte, stellte die Reparationskommission am 26. Dezember 1922 eine vorläufige Richterstellung des Versailler Vertrages fest. Deutschland Gefuch um ein Moratorium wegen des immer schwächeren Vertrages der deutschen Währung beantwortete Poincaré mit dem Plan, durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich selbst das Recht zu machen, und er prägte dazu das Schlagwort von der Erziehung „produktiver Pfänder“. England lehnte es ab, diesen Weg zu beschreiten. Nachdem die Reparationskommission am 10. Januar 1923 neuerdings die Richterstellung der deutschen Verpflichtungen festgestellt hatte, blinzelte Poincaré für den folgenden Tag die Besetzung des Ruhrgebietes an. Seine Note an die deutsche Regierung ist ein demerkenswertes Dokument politischer Heimwehlei. Sie verucht nicht aufrechtzuhalten, als ob es sich nicht um eine vertragswidrige militärische Besetzung des Gebiets, sondern um eine den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechende friedliche Maßnahme, nämlich um die Entsendung einer aus Ingenieuren bestehenden Kontrollkommission, handele. In Wirklichkeit versuchte Poincaré, mit Hilfe einer aus fünf französischen Divisionen und einer belgischen bestehenden Truppenmasse von 60 000 Mann, die Hand auf Deutschlands Kohlenbasen zu legen und damit Deutschland wirtschaftlich völlig in seine Macht zu bekommen. Die Besetzungstruppen verblieben sofort den Belagerungsmodus und mäten sich dadurch die Regierungs- und Besetzungskraft an.

Freilich hatte das, abgesehen davon, daß England keine Beteiligung ausdrücklich ablehnt hatte, politische Folgen von Bedeutung. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, verfügte bereits am 10. Januar, daß die amerikanischen Besetzungstruppen das Rheinland verlassen müssten, und am 24. Januar wurde die amerikanische Flagge auf dem Eichenbergturm eingezogen. Der Befehlshaber der amerikanischen Truppen, General Allen, hat bald nachher durch Veröffentlichung seines Tagesschreibers wertvolles Material über die politischen Hintergründe der Besetzung, besonders bei den Franzosen, veröffentlicht und dadurch sicher die moralische Diskreditierung dieses Systems wesentlich fördern helfen. Aber Poincaré ließ sich nicht beirren. Sein Plan der Erziehung „produktiver Pfänder“ wurde nun systematisch durchgeführt. Durch die Beschlagnahme der Kohlensteine, die Schaffung einer Kohlenkommission, der sogenannten Micum, die Beschlagnahme der Zölle und Ausfahrtabgaben an der Westgrenze, der bald die Aufrichtung einer Zolllinie an der Ostgrenze

Ohne Einquartierung!

von den Besetzungstruppen besetzte Gebäude
Öffentliche Gebäude 15.12.1922 Private Gebäude

3300 15.6.1923.
4900 15.9.1925.
5000 15.6.1996.
5000 15.6.1999.
3400 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

4900 15.9.1995.
6900 15.6.1996.
5300 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
5300 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

5000 15.6.1999.
3700 15.12.1922.
9200 1.1.1923.

Die Besetzungskosten Insgesamt 6,3 Milliarden Goldmark

vom 11.1.1922 bis 31.12.1922
bis 31.4.1923
30 Minuten

vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 1705 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 170 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 164 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 139 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 137 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

insgesamt 30 Millionen G.M.
vom 1.1.1923 bis 31.12.1923
bis 31.5.1924
40 Minuten

(ohne weitere Besetzungskosten)

214 Millionen G.M.

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

137 Millionen G.M.

30 Millionen G.M.

(ohne weitere Besetzungskosten)

130 Millionen G.M.

134 Millionen G.M.

zu beendigen. Aber Poincaré dachte nicht daran, jetzt mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Jetzt sollte im Gegenteil der letzte und entscheidende Stoß geführt werden. Man glaubte, daß jetzt die rheinische Bevölkerung milde sei. Nach Organisationsvorschriften wurde am 20. Oktober ab in Aachen und in den derselben Lagen in Bonn, Wiesbaden, Koblenz, Trier, Mainz und anderen Städten Separatistenputz durchgeführt, bei denen die Regierungsgebäude mit Gewalt besetzt und eine eigene separatistische Regierung als rheinische Republik proklamiert wurde. Alles mit Duldung und Unterstützung der Franzosen. In der Pfalz nahm sich der französische General de Meg, ähnlich wie sein Vorgänger Gérard im Jahre 1919, das Sache mit beforderndem Elfer an, so daß das separatistische Gesindel am 10. November Speyer, am 29. November und am 5. Dezember Zweihänden besiegen konnte. Am 25. November 1923 zog Poincaré in einer berühmt gewordenen Rede in der Kammer das Fazit aus der Entwicklung und kündigte in verbreiteten Worten die bevorstehende Trennung des Rheinlandes von Deutschland an. Über trost aller Not und Waffenlosigkeit gab sich die rheinische Bevölkerung nicht dekorieren. An verschiedenen Stellen rechnete sie spontan mit dem Separatistenfeind ab. So wurde am 9. Januar 1924 der „Präsident“ der von den Separatisten ausgerufenen autonomen Pfalzrepublik durch Resolutionschluß gestoßen. Wenige Tage darauf, am 14. Januar 1924, traf im Auftrage der englischen Regierung der britische Generalkolonial in München, Cito, in der Pfalz ein, und die Darstellung, die er seiner Regierung den von Separatisten schwelten gab, bat erheblich dazu beigetragen, ihm ein Ende zu machen. Mitte Februar war die Separatistenherrschaft in der Pfalz erledigt, und auch in übrigen Rheinland mührten sich die Franzosen vom völligen Fehlschlag desselben bald überzeugen.

Poincaré setzte jedoch seine Pfänderpolitik mit aller Energie fort. Nicht mit der Reichsregierung, sondern mit den Ruhrindustriellen schloß er Verträge ab, jene berüchtigten sogenannten Mirau-Verträge, deren ausbeuterischer Charakter schwer überstehen werden könnte. Die Vorgänge im defekten Rheinland und Ruhrgebiet seit dem 11. Januar 1923 und ihre politischen und wirtschaftlichen Wirkungen auf die ganze Welt hatten aber inzwischen allenhalde die Gegenseite mobilisiert. Poincaré mußte sich dem Zusammentreffen eines Sachverständigenausschusses unter dem Amerikaner Davis am 14. Januar 1924 fügen, der am 9. April den bekannten Dawes-Bericht vorlegte. Dieser Bericht bedeutete eine scharfe Verurteilung der Methoden Poincarés und bestätigte die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands als Grundvoraussetzung für deutsche Reparationsleistungen.

Als am 11. Mai 1924 des französische Volk die Kämmerwochen vollzog, endigten sie mit einer schweren Niederlage Poincarés und seinem Sturz. Das französische Volk quittierte das feindschlägen der Gewaltspolitik im Rheinland. Eine neue Regierung unter Herriot, die sich auf die Linie stützte, war der Ausdruck dafür, daß innerhalb des französischen Volkes jene Kräfte die Mehrheit erungen hatten, die die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln abgelehnt, einen wirklichen Frieden erreichend und eine Verständigung mit Deutschland erzielenden. Die Londoner Konferenz von Ende Juli 1924 endigte am 16. August durch die Unterzeichnung eines Schlüßprotokolls, auf Grund dessen am 1. September 1924 der Dawes-Plan in Kraft trat. Die Ruh-Invasion mit allen ihren Nebenerwehnungen wurde nun liquidiert. Die widerrechtlich defekten Städte und Gebiete wurden allmählich geräumt und die Räumung des Ruhrgebietes selbst auf den 10. August 1925 festgesetzt. Es begann die sogenannte Verständigungspolitik. Die Separatistenpolitik wurde liquidiert, der Dawes-Plan gab die nötigen Garantien gegen eine Wiederaufnahme der

Pfänderpolitik. Am 10. Januar 1925 lief die vertragsmäßige Belegerungstruppe für die erste, die Kölner Zone, ab. Die Gegenseite dachte vorläufig nicht daran, zu räumen, und die Tatsache, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich seiner Entwaffnung noch nicht bis zum letzten Reif durchgeführt hatte, diente dazu als Vorwand, wie durch eine Kollektionette der Ententemächte vom 5. Januar 1925 uns mitgeteilt wurde. Der scharfe Protest der deutschen Regierung blieb nutzlos. Allerdings wurden im August das Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf und Duisburg vertragsmäßig geräumt. Es bedurfte weiterer deutscher Opfer, um endlich am 31. Januar 1926 die Räumung der Kölner Zone zur Tatze werden zu lassen.

Inzwischen hatten, angeregt durch das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925, jene Verhandlungen begonnen, die am 16. Oktober 1925 zum Abschluß des Locarno-Vertrages führten, der am 1. Dezember 1925 in London feierlich unterzeichnet wurde. Sein tiefer Sinn im Rahmen des Kampfes um den Rhein ist, daß er das Rheinland gegen französische Zugriffe schützt, daß er einen förmlichen Verzicht der Franzosen auf ihre traditionelle Rheinlandpolitik darstellt. Durch Einführung des Schiedsgerichtszwanges wurde einseitiger Interpretierung von Vertragsbestimmungen, wie sie Poincaré beliebt hatte, vorgebeugt. Die deutsche Politik unter der Leitung Stresemans mußte nun bestrebt sein, die ganze Rheinlandbefreiung so rasch als möglich zur Liquidation zu dringen. Sonst wäre ein diplomatischer Kampf um Erleichterungen in den noch befreiten Gebieten durchgeführt worden. Der Eintritt Deutschlands in den Döbelnerbund als äußeres Zeichen der Wiedergemeinnung seiner Gleichberechtigung im Rahmen der Völker bot dabei Unterstützung. Freilich sollte es noch Jahrzehnte Bemühungen bedürfen. Hatte der Dawes-Plan auch reibungslos funktioniert, so war er doch nur eine Zwischenlösung, der eine endgültige Reparationslösung folgen sollte. Eine neue Sachverständigenkommission trat im Sommer 1929 zusammen. Das Ergebnis ihrer Beratung war der Young-Plan, und die beiden Haager Konferenzen haben schließlich dazu geführt, daß zunächst die zweite Rheinlandzone am 1. Dezember 1929 geräumt wurde und die Räumung der dritten, erst am 10. Januar 1935 fälligen Zone für den 30. Juni 1930 festgelegt wurde. Diese leichte Entwicklung steht noch jedem klar vor Augen.

Hatte schon der Dawes-Plan der Ausübung der Reparationsfrage zu modifizierten Zwecken Schranken gejogen, so bedeutet der Young-Plan erheblich mehr. Er ist eine Verlagerung des Reparationsproblems nach der wirtschaftlichen und finanziell-politischen Seite. Das große Ergebnis für das deutsche Volk ist, daß es ihm gelungen ist, allen Versuchen, ihm durch die Reparationen den Lebensunterhalt zu entreignen, daß es in dem gewaltigen Kampf um den Erden Sieg behauptet, daß es die Einheit des Reiches, das große Erde Bismarcks, für gewahrt hat. Das ist der Sinn des Glorienfeldes, das am 30. Juni die Befreiung des Rheinlandes von zwölfjähriger Fremdbesetzung verkündet hat. Beträchtlich man das Ereignis im Licht tausendjähriger deutsch-französischer Besiedelungen, so bedeutet es, daß sich die französische Nation, die Jahrhunderte früher als die deutsche die Einheit gewonnen hat, sich damit abfindet, daß auch das deutsche Volk seinen Nationalstaat besitzt, und daß es mit diesem deutschen Staat im Frieden zu leben gewillt ist. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Geist des Friedens gegenwärtig ist. Freilich muß das deutsche Volk noch Dornenbäume machen. Doch ist das Saargebiet uns nicht wiederzugeben, noch die feierliche Verpflichtung zu internationalem Abteilung, zu der die deutsche nur eine Vorleistung darstellt, ohne praktische Ausführung geblieben. Auch in dieser Hinsicht muß der Geist der Gewalt dem Geist der Gleichberechtigung und des Friedens weichen, wenn in einem wahrhaft besiedelten Europa der Geist europäischer Solidarität zur Herrschaft kommen soll.

Die Rheinlandkommission

verschwindet!



Als wir besetzt waren, 1918 – 1926 – 1930.

Von Georg Beyer, Köln.

Es war Anfang Dezember 1918. Die deutschen Truppen flüchteten zurück nach ihren Heimatgarnisonen. Wir werden sie nie vergessen, diese leichten deutschen Kriegssoldaten auf den Rheinbühlen von Köln bis zum Elzoll hinunter, müde und abgerissen, aber noch in leichtlicher Disziplin. Mitterwähnungen Heiterkeit sangen sie von der Heimat, der Heimat, da gibt's ein Wiederkehr. Montur und Bagage erneut angenehm.



Franzosen mit Panzerauto in Koblenz
(Rheinisches Museum, Köln)

den Mangel an Material und Ersatz. — Nach einem kurzen Aufenthalt rückten die Truppen der Besatzungsmächte nach. Nach dem Süden, nach dem Mainzer Brückenkopf und der Pfalz kamen die Franzosen. Koblenz wurde Generalstabschef der Amerikaner.

Aachen war Mittelpunkt der Besatzer und der Kölner Brückenkopf wurde von den Engländern besetzt. Englands Soldaten erschienen am grauen Morgen des 7. Dezember 1918 wie aus dem Boden

gehampft; erzogen, gepanzerte Kavallerie mit benediktionswert opulenter Ausführung. Überall erlebte die deutsche Zivilbevölkerung einen Nachschlag aller Kriegsschrecken. Auch der britische Militärgouverneur ließ zu Anfang die eiserne Hand des Siegers führen. In Köln waren um die Wende 1919/20 etwa 20 000 englische Soldaten in Garnison. In Privathäusern, in Schulen, in eilig errichteten Messequartieren wurden sie untergebracht. Täglich gab es neue Ordensnämnen im Namen der Sicherheit der Besatzungstruppen zur Einschränkung der Rechte der Bevölkerung. War es auch damals in der ersten Besatzungsperiode überall am Rhein das gleiche Bild: in Köln benedete man für eine Weile jene Gegenenden vor der französischen Teufelsoire überwacht wurden. — Indes, nach einiger Zeit änderte sich das: den südländischen Weinengenden, von der Mosel, von der Nahe, von der Saar, aus der Pfalz kamen täglich Hobbypioniere.

Drakonische Straßen, offene Gewaltanwendung gegen die Bewohner bei geringfügigem Anlaß, höchste Überspannung militärischer Herrschaft! Die Kölner begannen einzusehen, daß sie ein besseres Los getroffen hatte, da die Engländer ihr Regiment bald aufzulösen begannen.

Es gab schon 1920/21 nicht wenig englische Soldaten, die deutsch zu sprechen begannen, ein Deutsch freilich, das mit allen Sonderheiten des Dialekts auf „kölschem Boden“ gewachsen war. Die Wachen zogen mit schmetternder Musik durch die Straßen. Überall, besonders um den Dom herum, flatterten die englischen Militärwimpel. Hier standen für eine kurze Weile auch ein paar bedrohliche Riesenants und auf dem Rhein drängten sich Kriegsboote zusammen. Man konnte sich nicht leicht daran gewöhnen. Aber den-

noch verschwand die Hass- und Missstimmung im gleichen Maße, wie sich die englischen Besetzungsstruppen diszipliniert und fair verhielten.

Es kann heute bekannt werden: diese besondere Kölnische Situation hatte ihre größte politische Bedeutung in den färmelischen Seiten des Ruhrkampfes und des Separatismus.

Später Gelehrtenforschung wird einmal den erstaunlichen Nachweis zu führen haben, was die vollkommene Neutralität der englischen Besetzungsautoritäten damals für das ganze Deutschland und die Erhaltung seiner Einheit staatlich-politisch bedeutet hat. Diese „Kölner Insel“ im wildwogenden militärischen Meer, dieses Volkwerk in der größten rheinischen Stadt gegen ringsher auslösternde Sonderblüterputzige: hier bemühten sich Weitblick und Fähigkeit englischer Politik, die allmählich in Gegenwart zum französischen Poincarismus und seinem Generalen am Rhein geraten war. Immer wieder versuchte die

Rheinlandkommission von Koblenz ans die Engländer zu einer aktiveren Förderung der französischen Truppentransfere nach dem Rückgebiet zu bestimmen, und immer wieder vergeblich.

In aller Rinde konnten die deutschen Kölner Verhörende treffen gegen die Hauteins des separatischen Rathausfürstern, die dreizehn Bahnlinien entfernt in Bonn ihre „Rheinische Republik“ proklamierten. — Im Januar 1926 erfolgte gemäß politischer Verständigung die Räumung der ersten Zone. Sie war noch über Wassenhüllstrand und Friedensvertrag hinaus mehr als fünf Jahre besetzt geblieben. Hunderttausend von Kölnern erlebten am Dom den Abzug der letzten englischen Batallione. Unvorstellbar jener Schrei der zusammengeballten Menge, als die leichte englische Flagge niedergeschobt wurde. Mochte man die Besetzung zuletzt kaum noch gespürt haben: nur wer es miterlebt, kann den seelischen Umsturz dieses Augenblicks: „frei von fremder Macht“ ganz ermessen.

Mittwochabend des 31. Januar 1926 erfolgte die große Befreiungsfeier unter dem Kreuzesstatuen des Domes. Feiern lodernden auf, die Glöckner erwiderten.

Es wurde schon ange deutet: Kölns Besatzungsschiff war nichts weniger als symptomatisch für die gesamte Situation am Rhein. Überblätter man jetzt diese elf Jahre, dann findet man, daß viele, viele Seiten ihrer Geschichte mit Blut und mit Tränen geschrieben wurden. Das Schiff schwankt sich in diesen Jahren zum Dunkeln gewandt. Leiden und Demütigungen, Raub politischer Grundrechte unter fremdem Militärgefecht, Abschirmung vom übrigen Deutschland



Ein englischer Abordnete in Aachen
(Städtisches Historisches Museum, Aachen)



Englische Kriegs-Schlachtschiffe auf dem Rhein



Franzosen paraderen auf dem Deutschen Platz in Koblenz
(Rheinisches Museum, Köln)

durch Zollzonen und Postbestimmungen, wirtschaftliche Erschütterung mit schweren sozialen Folgen — dies alles steht in diesen Tagen der endgültigen Befreiung doch noch einmal bitter empor. — Jede fremde Besetzung bringt Druck und Gewalt. Was die Lage aber im größten Teil des Rheinlandes in der zweiten und dritten Besatzungszone so außerordentlich verschärft, das war die Verbindung von militärischer Notwendigkeit mit den politischen Wünschen aktivistischer Generale. Da war der General Mangin, für den das Rheinland Aufmarsch- und Interessengebiet Frankreichs war. Um es für den gallischen „Mutter-ich“ möglichst schnell zu gewinnen, förderten bestimmte militärische Stellen die separatistische Bewegung. Unvergeßbar sind im Rheinland die Namen Doret und Smeets, die mit ihren Trennungsplänen imperialistische Weichtheile bestimmter französischer Kreise abzuweichen versuchten. Neben den Generälen arbeitete die Rheinlandkommission mit ihrer französischen Spitz in der gleichen Richtung, wenn auch mit viel geschickter Diplomatie. Überall sammelte Wohlstand und hohe Beamte das rheinische Volk für Frankreich und seine angeblich überlegene Kultur gemünzen wollten, brachten sie ihm alle Präsente der gallischen Freiheit auf der Spalte ihrer Bonnettes! Darin berührte der falsche Zwickelschlüssel der französischen Rheinpolitik; daran ist sie in entscheidender Weise gescheitert. Für jeden nahen Bodenstruktur war immer wieder dies ersichtlich: das mangelnde psychologische Empathiesvermögen in ein Volk, das, von alters her freiheitlich geführt, seinem Augenblick diesem dramatischen Militarismus zu glauben vertraute, er diene nichts anderem, als Frankreichs „Sicherheit“.

Alles, was unter den Fahnen der Alliierten kämpfte: Spahis, Tunfes, Mavrofane, Indier, Anamiten, Madagassen — alle sind sie in diesen elf Jahren in den Ländern am Rhein sichtbar ge-

worden. Die Dudelsäcke der Schotten in Köln, die dumpfen Trommeln der Kolonialsoldaten in Mainz, die schmetternden Klänge der amerikanischen Militärmärsche in der ersten Besetzungszeit in der Koblenzer Gegend: Es waren die buntesten Taufarten, die weltweitsten Klänge, die das Rheinland je in seiner bewegten Geschichte erlebte. Es hat in den Besetzungsjahren alle Schrecken militärischer Diktatur durchlitten und lasten getragen, die die vollkommenste Westherrschaft des Reichs niemals wieder ganz gutzumachen vermag.

Öffnen sich einmal die Ardenne und kann die Wahrheit geflättet werden mit dem erforderlichen Anstandsgefühl, das eine objektive Forschung jenseits des Völkerwaldes ermöglicht, dann wird die Welt aus den Rheinlandereignissen eine Lehre zu ziehen haben, nämlich die:

dass der Militarismus in jeglichem Gewande Gewaltgeist erzeugt und Unfrieden in die Herzen jüngt.

Nun aber: Vereinigungster! Die leichten Tricoloren senken sich, die fremden Soldaten ziehen der Heimat zu. Frankreich dat unter dem Zwang der politischen und wirtschaftlichen Abmachungen sein Versprechen gehalten. Jene verläßtige Verständigungsdiktat, die über Locarno, Thoiry und Genf dieses Ergebnis brachte, kann in ihrem politischen und sozialen Wirkungen gewiß nur dort ganz begriffen werden, wo mehr als ein Jahrzehnt hindurch fremde Kommandorufe über Straßen und Plätze dröhnen. Zugleich ist mit dem gleichen Augenblick ein großes politisches Ziel erreicht: Frankreich vor aller Welt offenkundig. Der jetzt auf eine aktiffrische Rheinlandpolitik.

Es wird eine ernste und gesammelte Freude am Rhein in den Tagen nach dem 30. Juni sein. Von Aachen nach Köln bis Mainz und Ludwigshafen gibt es nur noch ein Bekennnis, nur noch eine Flagge: Deutsche Republik. Sie bringt den Wunsch zum Frieden und zur Verständigung in ihren Fäden. Sie lehnt hohen und dröhnen die Geister ab, die den Abgang der leichten Besatzungstruppen zwangsläufig mit der Anstachelung neuen Völkerzwillings begleiten wollen.



Das Verbrechen der Separatisten zerstörte an dem rheinischen Volkswillen

Die französische Sicherheit nach der Räumung.

Immer und immer wieder macht Frankreich zur Verteidigung seiner Militärs- und Rüstungspolitik gegenüber Deutschland geltend, seine Sicherheit am Rhein sei gefährdet. Sie war es nicht, solange französische Truppen im Rheinland standen, und sie ist es ebenfalls nicht, nachdem diese jetzt aus dem Rheinland verschwunden sind. Nicht nur, daß an sich bereits Locarno und die Entmilitarisierung des Rheinlandes jede Gefährdung der französischen Sicherheit am Rhein von vornherein ausschließt, auch die militärische Kraftaufstellung Frankreichs an seiner Ostgrenze zeigt, wie unbegründet die diesbezüglichen Befürchtungen Frankreichs sind.

Frankreich hat nach der Räumung des Rheinlandes den größten Teil der bisherigen Besatzungsarmee nicht etwa aufgelöst, sondern zur Verstärkung der französischen Grenzcorps in diese eingegliedert. Seine Truppenstärke an seiner Ostgrenze beträgt somit heute nicht weniger als acht Infanterie-Divisionen, zwei Kavallerie-Divisionen und eine Luftdivision, von denen drei Infanterie-Divisionen sowie ein Kavallerie- und ein Fliegerregiment allein früher der Rheinlandarmee angehört haben. Diese gewaltige französische Truppenmasse, die im Frieden bereits über einen erhöhten Etat verfügt und im Falle drohender Kriegsgefahr durch Einziehung der drei leichten Jahresklassen der Reserve ohne besondere Belohnung des fran-

zösischen Parlaments innerhalb weniger Tage auf das Doppelte ihres heutigen Bestandes gebracht werden kann, verteilt sich auf einen Raum, der vom oberen Rhein bis an die Marne reicht und damit kaum so groß ist als Baden und Württemberg zusammen. Sie ist mehr als ein Drittel des gesamten französischen Friedensheeres und um ein erhebliches stärker auch als die Truppenmacht, die man Deutschland zur Verteidigung des gesamten Reichsgebiets gelassen hat. Deutschland hat ihr gegenüber, und von ihr durch eine breite entmilitarisierte Zone beiderseits des Rheins getrennt, lediglich schwache Teile von drei Reichswehrdivisionen liegen, die weder über schwere Artillerie, Flieger- und Tanks verfügen noch sonst rein zahlenmäßig nicht im geringsten an die Stärke der französischen Divisionen heranreichen. Dazu aber kommt, daß fast ein Drittel dieser Reichswehrteile durch Belgien gebunden wird, das mit Frankreich auf das engste verbündet ist, und ebenfalls im Frieden bereits die Hälfte seines Heeres an der deutschen Grenze stehen hat.

Dieses Bild der heutigen militärischen Lage am Rhein wird noch vervollständigt durch die französischen Luftstreitkräfte an der französischen Ostgrenze sowie durch die dortigen französischen Befestigungs- und Eisenbahnbauten. Frankreich verfügt in Elsaß-Lottingen und den an dieses unmittelbar angrenzenden Gebieten allein über nicht weniger als je 14 Jagd-

und Beobachtungsgeschwader sowie über 20 Tagbomber- und sechs Nachtbombengeschwader. Alle diese Geschwader verteilen sich auf eine Anzahl von Flugplatzkunst, von denen fünf, wie aus der Stütz ersichtlich, allein in unmittelbarer Nähe der deutschen Westgrenze liegen. Sie sind in sechs Fliegerregimentern zusammengefaßt, die zusammen mit je einem Bataillon Luftschiffertruppen in Espinal und Metz ihrerseits wiederum die 1. französischen Luftdivision bilden. Hinter dieser Division liegt in der Gegend von Paris, für Flugzeuge also ebenfalls nicht weit von den französischen Grenzen, eine weitere Luftdivision mit nochmals ins ganze drei Jagd-, acht Aufklärungs- und sechs Nachtbombengeschwadern. Die Jagd- und Aufklärungsgeschwader bestehen aus je zwölf, die Tagbomber- und Nachtbombengeschwader aus je zehn Flugzeugen. Alle diese Flugzeuge sind hochwertiges, modernes Material. Die Jagd- und Aufklärungsluftzeuge haben eine Stundengeschwindigkeit bis zu 250 Kilometer und eine Steighöhe von 8500 bzw. 9000 Meter, die Tagbomber- und Nachtbomberflugzeuge eine Stundengeschwindigkeit bis zu 200 Kilometer und eine Steighöhe von 6500 bzw. 4000 Meter. Die erstenen sind mit drei bis vier Maschinengewehren, die letzteren außerdem noch mit 400 bzw. 800 bis 1000 Kilogramm Bomben ausgerüstet. Ihr Wirkungsbereich reicht weit über das Gebiet hinaus bis in die Gegend von Hamburg, Magdeburg und München, ohne daß hierzu eine Verlegung der in Frage kommenden französischen Luftstreitkräfte notwendig ist.

Über die französischen Festigungsarbeiten in Elsaß-Lothringen ist im „Heimatdienst“ bereits vor einigen Monaten ausführlich berichtet worden, so daß sich ein nochmaliges Eingehen auf sie erübrigt. Es genügt, nur wiederum auf sie hinzweisen. Mehr dagegen ist über das Programm für den Ausbau des französischen Eisenbahnhafes zu sagen, das die französische Regierung vor kurzem dem französischen Landes-

Im „Kohlenpott“.

Text und Bilder von Heinz Schubert



Aufn.: Artur Pessner
Bergmann am Sonntag

gigantische Formen angenommen hat, wie ein beispielloser Umformungsprozess Essen und Feuerstahlhütten aufzubauen läßt. Man darf immer nur darauf hingewiesen: Hohe und Arbeit — Arbeit und Kohle. So ist das Gebiet abgestimmt worden als eine Goldgräbergegend, in der alles auf das Erstellen der Bodenschäfte abgestimmt ist, in der sich Fabrikstöfe an Fabrikstöfe reihen, in der die Natur stirbt, um der Technik Platz zu machen.

Dies Bild ist verzeichnet; der Mensch und das Leben kommen zu kurz dabei. Es sind viele Farben vergessen worden; man hat

wirtschaftsrat vorgelegt hat. Dieses Programm sieht den Bau neuer Eisenbahnstrecken in einer Länge von 3791 Kilometer mit einer Gesamtausgabe von 9450 Millionen Franken vor. Diese Eisenbahnstrecken liegen mit ihrer Masse an den deutschen Grenzen. Sie dienen fast ausschließlich rein strategischen Zwecken. Von ihnen ist ein Teil bereits in die Ausführung begripen. Außerdem sind mit ihnen auch umfangreich

land aber hat man nicht nur jede Ausgestaltung seines Eisenbahnwesens in der entmilitarisierten Zone unterbunden, es mußte sogar noch bereits bestehende Strecken und Anlagen zerstört werden, obwohl alle diese Bahnen und Anlagen, selbst wenn sie früher einmal unter Berücksichtigung militärischer Erfordernisse gebaut sein sollten, angeichts der heutigen Verbäßimme in entmilitarisierten Rheinland fiktivster feindlicher militärischen mehre, sondern lediglich nur noch wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Zwecken hätten dienen können. — Alles dies zeigt, wie wenig Recht die Franzosen haben, von einer Gefährdung ihrer Sicherheit durch Deutschland auch nach der Räumung zu sprechen.

nicht bemerkt, daß das Ruhrtal von herausragender landschaftlicher Schönheit ist, daß das Gebiet reiche Waldungen aufweist, man bei dem kulturellen Eigenleben des Gebiets nicht gesehen, weder die moderne Baukunst, noch das Theaterleben, noch das Kunstschaufenster, das aus der Masse der Werkstätten herauswachsend, im Erleschen des gewaltigen Arbeitsprozesses Fundament und Stoff zur Gestaltung findet. Das sind einige der Tatsachen.

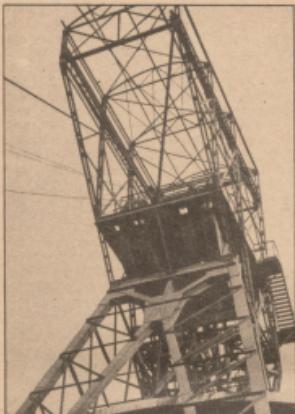


Geometria

Author: Arthur Fenner

Aut.: Arthur Fenners
Ein alter Ruhestämpfe

Die Anlagen der Ruhrindustrie sind auf Monumentalität gestellt. Die Erhebungsform der Technik wächst ins Riesenbaus und verleiht zum Überchwang. Die Giganten der fühlernen Skelette, die feuerlohnenden Kolosse haben nämlich ein zweipälgiges Gesicht, ein mächtern-Jähliches, das mit Tonnen, Kilowatt, PS



Aufn.: Artur Fenners

Das Wahrzeichen des Ruhrgebiets: Der Hörder Turm

nicht organisch aus einem Eigenleben haben sich nach einem Fremdkörper, nach einer eingeschalteten Zelle, die mehr und mehr das Eigentleben an sich gezogen und aufgesprengt hat, gerichtet. Der Schwerpunkt des kommunalen Lebens hat sich dadurch häufig stark verschoben. Diese Siedlungskolonien hat man ursprünglich nach reinen Zweckmäßigkeitssprinzipien unbewußt und ungeschickt der kommenden Stadt- und Verkehrsgestaltung gebaut; nur so ist das Tohuwabohu von Straßen, Engpassen, Baustellen und Verkehrsproblemen, das heute überall zur Debatte steht, zu erklären. Nur so ist es möglich, daß sich der Verkehr nach ganzen Provinzen und Landesteilen durch Dorf- und Koloniestraßen, die gerade für den Fußgängerverkehr ausreichen, zwängen muß. Seit zwei oder drei Jahrzehnten ist sich die Großstadt ihrer selbst bewußt geworden; seit dieser Zeit datiert die planmäßige Ausschließung und Gestaltung in amerikanischem Tempo vor sich, und so sehen wir heute im Westen mehr als in anderen Landesteilen eine engpaßähnliche Landstraße auf einmal in einer so m breite Avenue übergehen, seien es einigen Dörfern neben einem Mammutbau, ein Kleinstadt-einhäuschen neben einem Hochhaus von tausend Eimern.

und Leistung rechnet, und ein romantisches, das aus jedem Kohlenwagen eine Wunderwelt unerledeter Sensationen macht.

Das bauliche Bild des Gebiets ist so vielfältig und vielseitig, daß man es nicht auf eine Formel bringen kann. Die Großstädte sind in einem Jahrhundert, einem halben oder einem Jahrzehnt aus dem Boden gestampft worden. Die Industrie hat sich in die dörfliche oder kleinstädtische Struktur der Orte nicht einpassen können, sondern wahllos in den ursprünglichen Organismus Menschenkolonien eingeschaltet.

So sind die ein kleinen Städte herausgewachsen, sondern

das Wahrzeichen des Bergbaus. Weltspannend sind seine Arme über den Hohemplat und krallt sich in Betonsockeln fest. Hoch oben, 30–40 m über der Erde, umwunden von einem filigranen von Eisenstäben gegeneinander laufenden Seilscheiben, läuft das eine Seil in die Tiefe, während das andere gleichzeitig einen Förderkorb hochzieht. Von den Speichen der Seilscheiben (die gar keine Scheiben sind) geht ein eigenartiges Glümmen aus, wenn sie mit voller Geschwindigkeit laufen und für Bruchstellen einer Seilbunde ein Stahlzettel hinaus freigeben. Die Stahlzetteln vibrieren, ein Glotzenzischen er tönt, die Maschinerie steht, die Karre fällt auf der Sohle angesommert. Gehen tiefer in den Bauch der Erde, bis zu 800 m und darüber. Der Förderkorb besorgt schnell



Bm Hochofenwerk: Aufn.: Artur Fenners
Das flüssige Eisen fließt in die Stahlpfanne

Die Menschen- und Wagentransports gehen tiefer in den Bauch der Erde, bis zu 800 m und darüber. Der Förderkorb besorgt schnell in weniger als einer Minute ist der Weg zurückgelegt. Ein ebenso traditionelles Prinzip ist für den Bergmann die Waschklause; hier führt er einen erblitterten Kleinkrieg gegen den stark explosiven und gefährlichsten Kohlenstaub, der ihm in Mund, Nase und Ohren eindringt; hier macht er sich grubenfertig, badet und säubert er sich nach der Schicht und hier zieht er sich um. Bei Schichtwechsel ist in der Waschklause Hochbetrieb; es riecht nach Bodenstoff, Schwitz und alten Kleidern; aus Dutzenden von Röhren und Brausen spricht warmes Wasser; der Raum dampft, und auf dem Boden liegen schwarze Seifenbänke in den Ablauf. Im Unterkiebelsatz baumeln die Bergmannsanzüge an der Decke; sie werden aus Sicherheits- und Hygienegründen in einem „Zug“ gehängt und hochgezogen. Hunderte von Kleiderbüscheln in einer Galerie hängen in der Luft, und man glaubt in einer Galerie Schmetterlinge zu sehen.

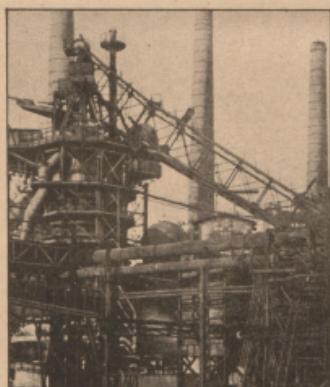
Die eindrucksvollsten Anlagen über Tage zeigt die Eisenbühne. Das ist das fühlernere Gewirr eines Hochofens, ein hausgroßer Behälter, von Gitterwerk, Röhren und Galerien umrankt, angekoppelt an eine Anzahl seltsam geformter Stahlbehälter. Die Bodenöfen sind zu einer Batterie (von meist 5 bis 10 Stück) formiert; eine derartige Hochofenbatterie, die einen Raum von etwa einem halben Quadratkilometer bedeckt, wird von einer Anzahl Windertürmen flankiert. Das sind lange weitwandige Stahlzylinder, die mit einer Plattform und einer darüberliegenden Kuppel abschließen. Es sind



Aufn.: Artur Fenners
Im Unterkiebelsatz baumeln Hunderte von Anzügen in der Luft

einem „Zug“ gehängt und hochgezogen. Hunderte von Kleiderbüscheln in einer Galerie hängen in der Luft, und man glaubt in einer Galerie Schmetterlinge zu sehen.

Die eindrucksvollsten Anlagen über Tage zeigt die Eisenbühne. Das ist das fühlernere Gewirr eines Hochofens, ein hausgroßer Behälter, von Gitterwerk, Röhren und Galerien umrankt, angekoppelt an eine Anzahl seltsam geformter Stahlbehälter. Die Bodenöfen sind zu einer Batterie (von meist 5 bis 10 Stück) formiert; eine derartige Hochofenbatterie, die einen Raum von etwa einem halben Quadratkilometer bedeckt, wird von einer Anzahl Windertürmen flankiert. Das sind lange weitwandige Stahlzylinder, die mit einer Plattform und einer darüberliegenden Kuppel abschließen. Es sind



Aufn.: Artur Fenners

Teil einer Hochofenbatterie



Hochofen in der Münster Aufn.: Artur Fenners
als Repräsentant eines Baustils

ein klares, harmonisches Bildfeld, das sie bieten, ohne Verästelungen und Verzweigungen; die Schönheit der Zweckform kommt in diesen Hausdächern, hauptsächlichen Kieselwörtern prächtig zum Ausdruck.

Der Hochsohn liegt im allgemeinen ruhig da; man sieht ihn nicht an, doch in seinem Inneren kündet von Zentnern Erz und Holzstoffe zu brodeln, doch er eine Temperatur von über 3000 Grad hat; er steht recht friedlich aus, und nur eine kleine Wolke giftiger Abgase, die beim Nachfüllen aufsteigt, läßt seinen wahren Charakter vermuten. Seine ungeheure Gewalt wird erst beim stürmischen deutlich. Dann schlägt aus dem Ofen ein zischender Strahl flüssigen Eises hervor, er erwärmt in einem Umkreis von 20 bis 30 m die Luft daran, daß es kaum auszuhalten ist. Noch eindrucksvoller ist es, wenn das flüssige Eisen in Stahlöfen gefüllt wird. Dann ergiebt sich in den auf Schienen laufenden Behältern aus 10 m Höhe der seurige Strahl, profiliert in die Pfanne und erzeugt beim Aufschlag einen knisternden Funkenregen, wie eine riesige Wunderzelle.

Betrachten wir zum Schluß den Arbeiter des Gebetes, den Ruhkumpel. Er kommt aus allen Teilen Deutschlands, aus allen Ländern Europas. Das Gros stellen zwar Rheinländer und West-

falen, doch sind Ostpreußen und Hessen, Süddeutsche aller Schattierungen, ferner Polen, Italiener, Holländer und Kroaten zahlreich vertreten. Der Kumpel ist der Urepräsentant allen industriellen Lebens; toben, tagaus liegen läßt er seine Schicht vor der Kohle. Stehend, kniend, liegend kostet, sprengt und schaufelt er, kämpft er mit Feuchtigkeit und Hitze, Gas und Kohlenstaub, mit Geiste schlagen u. a. m. Er ist dauernd bedroht. Auf seinem Gesicht prägt sich ein eigenartigster, unbeschreibbarer Zug von Geduldigkeit und Reaktion aus; er ist entweder still und wortkarg oder laut und polternd. Er neigt zur Gräbelei und zur Philosophie. Er ist vielfach in sich gesetz, denn die Abschöpfungskraft von allem Lebendigen unter der Erde zwingt zur Dernierbildung. Häufig entsteigt aus diesem Sichelbegängigen ein Drang zu künftlicher Gestaltung; ist dieser Formungswillen nun von gebrecher oder minderer Fruchtbarkeit, er häuftets auf dem Erleben der Arbeit und trägt fastets eine eigenartige persönliche Färbung. Der Kumpel ist auch äußerlich gezeichnet durch die Kohlenmarken, durch blaue Stempel, die der Kohlenstaub selts bei den kleinen Schramme durch Eindringen in die Wunde und Verwachsen unter der Haut hervorruft. Die Kohle stempelt ab: Du gehörst mir! Du kommst nicht mehr los! Und sie behält in den meisten Fällen recht.

Parker Gilberts letzter Bericht.

Der Abschlußbericht des Reparationsagenten.

Der Reparationsagent S. Parker Gilbert hat sich mit einem vom 21. Mai 1930 datierten und Mitte Juni der Öffentlichkeit übergebenen Bericht verabschiedet. Der Bericht, dessen Hauptpunkte am 15. Juni durch W. C. B. verbreitet worden sind, stellt zweifellos ein ungewöhnliches Dokument dar. Schon die äußere Form — die englische Ausgabe umfaßt 567 Druckseiten — weicht von den früheren Berichten ab. Die Übersichtlichkeit hat hierdurch indes nicht gewonnen. Der Verfasser war offenbar bestrebt, der Weltöffentlichkeit und namentlich seiner Nachfolgerin, der Bank für Internationale Zahlungsausgleich, eine zusammenfassende Darstellung über alles Wesentliche, was sich unter seiner Regie in den vergangenen Jahren mit Bezug auf die Durchführung des Dawesplanes und die Überleitung zum Youngplan abgespielt hat, zu geben. Er hat zu diesem Zweck alle Darstellungen wiederholt und auf den neuesten Stand gebracht, hierbei jedoch vielfach auf die früheren Berichte Bezug genommen, so daß nur der Sachkundige in die Lage versetzt ist, ohne größeren Zeiterlust einen einheitlichen erschöpfenden Eindruck von dem Bericht zu gewinnen. Wenn der Bericht trotzdem nicht völlig in den gewöhnlichen Fehler stiefel Amtspublicationen verfällt und das Interesse des Lesers zu fesseln weiß, so liegt dies in der mehr oder weniger offenen Tendenz, mit der Parker Gilbert die deutschen Verhältnisse schildert. Und hierin liegt auch die Hauptbedeutung des Berichtsinhalts.

Für die ersten Teile des Berichts, die Verwaltung der deutschen Zahlungen und die Tätigkeit des Transferkomitees, gilt dies freilich mehr in negativem Sinne. Hier wird uns in trocken, eingehender Weise ein Bild von den Milliardenzahlungen Deutschlands und ihrer Überführung ins Ausland entrollt, ohne mehr als statistisches Interesse wachzurufen, wie dies schon für die laufenden Monatsberichte des Agenten galt. Gerade dieser Umstand, daß sich der Ablauf des deutschen Riesenzahlungen sozusagen geräuschlos vollzieht, ist aber an sich außerordentlich bemerkenswert, wenn man, woran der Agent erinnert, die chaotischen Verhältnisse der Zeit vor dem Dawesplan herüberschlägt, wo die Lieferung von wenigen Kohlen- oder Holzmengen die Welt schon in Aufruhr setzte. Allerdings enthält die Darstellung wenig oder nichts über die inneren Vorgänge bei der Übertragung der Reparationszahlungen. Wir hören nichts darüber, ob das Transferkomitee j. B. sich Gedanken darüber gemacht hätte, daß ein Sachlieferungsvertrag hätte zurückgewiesen werden müssen, weil er den Grundsatz widrille, daß solche Verträge nicht in die normale Handelsausfuhr Deutschlands eingreifen dürfen — ein Grundsatz, der an sich selbstverständlich, aber selbst in die neu Reparationsregelung nur in höchst unvollkommenster Weise hineinbergettet worden ist —, wir erfahren auch nichts davon, ob nicht das Komitee in Zeiten besonderer Anspannung der Devisenkurse, also namentlich zur Zeit des französi-

schen Manipulationen zum Nachteil der deutschen Währung im Mai vorigen Jahres erfolgreiche Gegenmaßnahmen durch gänzliches Aussetzen der Transfers ergriffen konnte. Statt dessen enthält der Bericht die einzige, aber bedeutsame Feststellung, daß während der ganzen Dauer des Dawesplans die Reparationszahlungen und Transfers an ununterbrochene Grundlage erfolgten, so daß keine Anstrengung von Reichsmark bei der Reichsbank stattfand, ein Satz, der die Befriedigung der Hoffnungen aller derer enthält, die das Reparationsproblem dadurch zu lösen glaubten, daß die vorausgehegenden Transferschwierigkeiten zur Auffüllung des „fünf-milliarden-Tropfes“ und alsdann zur automatischen Verringerung der Zahlungen führen sollten. Diese Auffassung galt zeitweise auch außerhalb Deutschlands. An die Möglichkeit, die vorgesehenden gewaltigen Reparationszahlungen fortgesetzt vermittels des sog. unechten Transfers, d. h. auf Grund einer durch Auslandsanleihen geborgt aktiven Zahlungsbilanz zu transferieren, hatte eben niemand gedacht. Das Transferkomitee schien sich, wie aus der wiederholt unterstrichenen Feststellung des Agenten, daß es bestrebt war, „soviel wie möglich zu transferieren, ohne daß die Stabilität der Währung beeinträchtigt wurde“, hervorgeht, um diesen mit dem Grundgedanken des Dawesplans nicht zu vereinbarenden Prozeß wenig Stulpel gemacht zu haben. Der erwähnte, dem Dawesplan entlehnte Satz, vom Reparationsagenten nur zu wörtlich und einfältig deßolt, war nicht nur Letzgrund für die von ihm befürgte Transferpolitik, er liefert in weiterem Sinne auch den Schlüssel für seine Einstellung zur jetzt erfolgten Reparationsregelung, die, was die Initiative und die Höhe der deutschen Belastung betrifft, mehr an sein als an irgendeinem andern Konto zurückzuführen ist, und die eben von dem Gedanken beherrscht war, die bisherige Praxis, die sich für unsere Gläubiger aus mehrfachen Gründen so vorteilhaft erwies und die Aufgabe des Agenten so unendlich einfach gehalten hat, weiter fortzuführen. Man erkennt zum mindesten jetzt, daß es dem Agenten von Anfang an darauf ankam, das Äußerste, was sein Auftrag und die Umstände ermöglichten, auszuholen, um das Höchste aus Deutschland herauszuholen; eine Einstellung, die man ihm nicht verdenken kann, da er eben Vertreter der größten Gläubigerin ist, deren Ziel nach wie vor auf reißlose Entreibung der Kriegsschulden geht; diejenigen in Deutschland, die aus sentimentalen Gründen in ihm einen Freund oder Helfer Deutschlands sehen wollten, finden sich allerdings grauflam enttäuscht.

Diese innere Einstellung zum Reparationsproblem gibt auch die Erklärung für die äußere Behandlung ab, die ihm der Agent in seinem Bericht zuteilt werden läßt. Während er also über die immensen Vorgänge des Transferproblems so gut wie nichts ausführt, ist die Behandlung des Ausbringungsproblems, d. h. der Frage des

deutschen Haushalts, um so gründlicher. Der leichte Bericht beschäftigt sich allein auf 100 Drucks Seiten mit der Haushaltfrage. Vielfach ist die Frage erörtert worden, was denn der Haushalt den Agenten überhaupt anginge, da nach dem Dawesplan die Verantwortung Deutschlands mit der Aufbringung der Reichsmarkzahlungen endete, die des Transferkomitess sich nur auf die Übertragung erstreckte. Dem hielt der Agent in seinem Berichten, so auch diesmal, entgegen, daß die beiden Hauptziele des Dawesplanes die Herstellung des Gleichgewichts des Haushalts und der Währung waren. Er selbst betrachtete sich als Hauptorgan zur Durchführung dieses Plans, nicht nur als Vorsitzenden des Transferkomitess, und der Plan selbst, der sogar eine Politik seiner Organe im Wege „latenten Drutes“ empfahl, stempelte ihn zum Generalagenten für die Reparationszahlungen. Der Agent hat sich dieser Handhaben geschickt bedient. Er hat auch das Mittel des öffentlichen Drutes benutzt, indem er in seinen Berichten und in dem bekannten Memorandum von 1927 die öffentliche Ausgabe- und Anleihewirtschaft geheilt. Hier ist ihm der Erfolg freilich verfagt geblieben. Wenn trotz der drohenden Entwicklung der Haushaltsgesetzung, die sein jetziger Bericht in so scharfer Form kritisiert, kein weiterer Vorstoß erfolgte, so ist dies eben aus dem Wunsche zu erklären, die Entwicklung der von ihm selbst in Gang gesetzten Reparationsregelung nicht zu föhren. Wenn man die gefälschten Ausschreibungen Poincarés der letzten Zeit über die deutsche Finanzgesetzgebung und die Auflösung, die international zu überwachen, liest, so erhält man einen Begriff davon, welche Wirkungen ein Bericht, wie der leichte des Reparationsagenten, in der schon so stark mit Explosionsstoffen geladenen Atmosphäre der Reparationsverhandlungen ausgelöst haben würde.

Der Agent erinnert jetzt nicht nur an das erwähnte, seinerzeit von mancher Seite als Übergriff in innerdeutsche Verhältnisse betrachtete Memorandum, sondern er führt auch wieder die gleiche Sprache. Das Haushaltsjahr 1929/30 enthielt die „Klämmerung der Tendenzen auf übermäßige Ausgabe- und Anleihekreditierung“; „die Mittel und die Gelegenheit, das Problem grundätzlich zu meistern und die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, sind gegeben“; „die Verantwortung liegt nach dem neuen Plan ausschließlich bei der deutschen Regierung“; „der Grundsatz, daß die Reichsregierung innerhalb der verfügbaren Einnahmen wirtschaften müsse, ist nicht anerkannt worden, die Regierung hat Jahr für Jahr die so oft versprochenen Reformen verabsäumt; gesetzgeberische Maßnahmen sind häufig ohne gebührende Prüfung oder gar die Kenntnis ihrer finanziellen Auswirkungen durchgeführt worden; der Haushalt ist immer noch im Dunkel gehüllt“. Mit andern Worten, die Ansätze von Besserungen, die der Agent in den Berichten seit jenem Memorandum feststellte, sind wieder verschwunden, die Finanzwirtschaft Deutschlands — dann auch Länder und Gemeinden treffen ähnliche Vorwürfe — wird wieder in Grund und Boden verdammt.

Will man die eigentlichen Beweggründe der eingehenden Abhandlungen und Aritiken über die deutsche Haushalt- und Anleihegesetzgebung erforschen, so muß man sich mit der Problematik des Reparationsproblems, wie es sich dem Agenten darstellte und zuletzt entwickelt hat, beschäftigen. Der Agent sah bei der engen gecharakterisierten Entwicklung des Transferproblems keine Schwierigkeiten für die Übertragung der deutschen Zahlungen; Gefahren lagen vielmehr — und dies kann die Tatsachen nur zu deutlich beweisen — in dem Aufbringungsproblem. Diesem wandte er daher erhöhte Aufmerksamkeit zu; seine Ausschreibungen, mochten sie nun einseitig oder tendenziös sein, fanden Beachtung in der Weltöffentlichkeit. Worauf es ihm ankommen mußte, war, der Beweis zu führen, daß die Einnahmefestsetzung des deutschen Haushalts ergiebig genug für die Mindestbedürfnisse Deutschlands (im Sinne des Dawesplans) und die Reparationszahlungen, daß die Ausgaben dagegen übertrieben hoch waren. Diesen Beweis hat er nach Auffassung des Auslandes erbracht; Zeugnis dafür legten die Beratungen der Sachverständigen in Paris ab. In Deutschland hielt man ihre die Entwicklung des Ausgabenfests als zwangsläufig entgegen, nicht nur was die äußeren, sondern auch was die inneren Läden betraf. Der Agent erkannte bald, daß die Beschäftigung mit

einem einzelnen Ausgabeposten eine höchst heikle Angelegenheit sei, unterließ es aber trotzdem nicht, einige, wie die Überweisungen an Länder und Gemeinden und die Gehaltsverhöhung des Jahres 1927, zu kritisieren. Auf seinen Kritiken zog er indessen, da die Zeit fortgeschritten und er auf schnelle Regelung des Reparationsproblems drängte, keine praktischen Konsequenzen; insoweit kann man — auch vom Gläubigerstandpunkt aus gesehen — vielleicht von einer Unfruchtbarkeit dieser seiner Tätigkeit sprechen. Die Konsequenz, die sich indessen aus der jetzigen Zusammenfassung ergibt, ist folgende: Der Agent erläßt mit andern Worten, daß die bisherige Finanzwirtschaft verfügt hat, daß aber genug „Material“ vorhanden ist, um den Haushalt „selbstverständlich einschließlich der Reparationszahlungen“ auszugleichen, und daß es nur einer entsprechenden Entschlossenheit, die notwendigen Reformen durchzuführen, bedürfe. Das Aufbringungsproblem soll also damit ein für allemal als erledigt gelten. Tritt Deutschland auf Grund des Youngplans an seine Gläubiger zwecks Ermäßigung der ihm auferlegten Läden heran, so soll diese Seite des Reparationsproblems als res judicata ausgeschaltet werden. In dieser Konsequenz liegen beträchtliche Gefahren, denen, wenn überhaupt, nur dadurch begegnet werden kann, daß wir einsehen, daß die Welt nicht eher auf deutliche Vorstellungen über Überlastung Deutschlands hören wird, ehe wir nicht den selbstverständlichen Forderungen gesunder Finanz- und Anleihegesetzgebung Genüge geleistet und diese Forderungen durch jahrelange Praxis zum Gemeingut der öffentlichen Wirtschaft gemacht haben.

Wie der Agent so die Würde der Aufbringung ausschließlich dem deutschen Volke überläßt, so scheint er ihm auch die Verantwortung für das Gelingen der Übertragung mehr oder weniger allein überlassen zu wollen. Seine Ausführungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels spiegeln größte Bevölkerung wider, während doch einerseits die Unzulänglichkeit des Ausfuhrüberschusses, verglichen mit den Reparationstransfers, und andererseits zu berücksichtigen wäre, zu welchen Preisen und unter welchen Bedingungen die deutsche Industrie sich die erzielten und, verglichen zu ihrem früheren Anteil am Weltmarktvolument, besseren Ergebnisse erreicht hat. Als eine der Ursachen für die Erstärkung des deutschen Ausfuhrverzeichnisses der Agent die allmäßliche Besetzung der Nachkriegsdiskriminierungen gegen den deutschen Handel; ebenso führt er den innerdeutschen Wiederaufbau auf die Unterstüzung durch das Ausland (gemeint ist die Kredithilfe) zurück. Während also noch die Younggezeiten am Schluß seines Berichts die Lösung des Reparationsproblems von der Zusammenarbeit aller Beteiligten und der Bevölkerung des einzelfeiten Diskriminierungen gegen Deutschland abhangig machen, findet sich im Gilberschen Bericht, der zur Zeit der Inkraftsetzung der neuen Prohibitionssätze Amerikas erscheint, an Stelle eines dahingehenden Appells an die Gläubigermächte deren Lob. Deutschlands neue Zölle werden dagegen hinsichtlich zu erwartender Gegenmaßnahmen der Ausfuhrländer mit einem Fragezeichen versehen.

So lassen die angeführten Beispiele erkennen, daß Parker Gilber den einzelfeiten Gläubigerstandpunkt optimus forma vertat; die politischen Zusammenhänge im weiteren und auch im engeren innerdeutschen Sinne traten bei seinem Vorgehen mehr in den Hintergrund. Infolge der Einseitigkeit seiner Betrachtungsweise und der Beharrlichkeit, mit der er sein Ziel verfocht, war er seinen deutschen, durch innere Rücksichten gebremsten Partnern meist überlegen. Seine Amtstätigkeit dat. uns, alles in allem, jedoch keinen Vorteil gebracht, wenn nicht den, daß uns die Augen über eigene Fehler und Unterlassungen aufs deutlichste geöffnet wurden. Eine Finanzkontrolle unter ihm, wie sie uns beim Scheitern der Reparationsverhandlungen etwa hätte blühen können, hätte die wahren Eigenschaften des typischen Gläubigervertreters in einer für uns unerträglich unangenehmen Weise in Errscheinung treten lassen. Begegnen wir also die Bevölkerung Deutschlands von der äußeren Kontrolle, aber seien wir der Erfahrung der letzten Jahre hörs eingedenkt, und sorgen wir durch strenge Ordnung im Innern dafür, daß uns eine zielbewußte Führung der Geschäfte nach außen für alle Zeiten ermöglicht wird.

Tributlast — deutsches Wirtschaftsschiffsal.

II. Die Abtragung der Tribute — ein Absatzproblem.

Von Reg.-Rat H o r t w i c h.

Die deutsche Volkswirtschaft, in ihrem Verhältnis zum Ausland betrachtet, befindet sich in der Lage eines Geschäftsmannes, reicherer: eines Fabrikanten, der mit vielfachen Verpflichtungen belastet ist. Auch die Volkswirtschaft, dieses riesige, zugleich wertezeugende und -verbrauchende Wirtschaftsgesäule, muß Rohstoffe einführen, sie verarbeiten und das fertige Produkt absetzen. So wie der Fabrikant seine Verpflichtungen gegenüber Lieferanten und Gläubigern erfüllen muß, hat auch die Volkswirtschaft ihre Verpflichtungen gegenüber dem Ausland. Will der Geschäftsmann sich einen Überblick über seine Verbindlichkeiten, seine Aktiva und Passiva verschaffen, so liegt er eine Bilanz auf. Bei der Volkswirtschaft liegt der Fall schwieriger. Bei ihr läßt sich schwer eine schriftliche Bilanz ziehen. Zwar ist im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland die Aufstellung einer sogenannten Bilanz möglich. Wie verlieren darunter die Zahlungsbilanz, Einnahmen und Ausgaben Deutschlands im Verkehr mit dem Ausland stellt sie gegenüber. Über sie ist nicht so sehr eine Bilanz im kaufmännischen Sinne, eher ein Kontoforten.

Was besagt nun die deutsche Zahlungsbilanz über unsere wirtschafts- und reparationspolitische Lage?

Über riesige Posen schleppen sich aus der Postseite unserer Wirtschaftsbilanz von Jahr zu Jahr fort: Reparationen von durchschnittlich zwei Milliarden jährlich, Sanktionen und Tilgungsdienst für Auslandscredite, gegenwärtig in Höhe einer weiteren Milliarde. Diese Verträge können wir nur aus Überschüssen der Volkswirtschaft zahlen — aus Überschüssen, die im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland entstehen. Deutschland hat aber während des letzten Jahrzehnts, während der Dauer des Dawesplan, keine echten Überschüsse erzielt. Unsere Zahlungsbilanz mit dem Ausland wies vielmehr in diesem Jahrzehnt ein gewaltiges Defizit auf. Nur aus dem Zustrom ausländischer Credite konnten wir es decken. Die Hauptpfeile unserer Zahlungsbilanz, der Warenaustausch, war in diesen Jahren, mit einer einzigen Ausnahme, fast passiv, d. h. die Einfuhr ausländischer Ware überstieg den Export deutlicher Erzeugnisse erheblich. Insgesamt betrug der Haushalt der Zahlungsbilanz in diesem Jahrzehnt mit Einschluss der Reparationszahlungen rund 14 Milliarden. Den „Ausgleich“ bot in diesen triftigen Jahren die Aufnahme von Auslandscredite. Unsere Zahlungsbilanz zeigte also einen geborgten Ausgleich. Der normale, volkswirtschaftlich gesetzte Zustand wäre gewesen, wenn die Credite aus Überschüssen der Einnahmen über die Ausgaben hätten gedeckt werden können. In diesen Jahren war das nicht der Fall.

Um hier Wandel zu schaffen, bedarf es bei der wirtschaftlichen Gefangenliege Deutschlands, bei der engen Verknüpfung unserer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, einer wesentlichen Steigerung der Ausfuhr. Wir müssen Aufschluß über Erfüllung erzielen. Das Reparations- und Schuldenproblem hat nun zwei Seiten: die innere Aufrichtung der Läden durch die Arbeit des ganzen erwerbstätigen Volkes, dann aber die Umwandlung der aufgebrachten Verträge in fremde Währung. Denn nur in diesen Jahren können die Überweisungen der Milliardenbeträge ans Ausland erfolgen. Hartwirtschaftliche und politische Tatsachen also zwingen uns zur Steigerung des Exports. Denn er ist der Hauptbeschleuniger.

Ganz abgesehen von der reparationspolitischen Sonderlage Deutschlands — was bedeutet überhaupt die Ausfuhr für die deutsche Volkswirtschaft? Erst die Erkenntnis der allgemeinen Bedeutung des Exports führt zum Verständnis der Gefangenprobleme, wie sie als Folge des verlorenen Krieges Deutschland gesetzt sind. Nicht freier Wille, der Zwang wirtschaftlicher Verbündtheit treibt Deutschland dazu, seine Erzeugnisse auf dem Weltmarkt anzubieten, zwingt uns, Abfertigung in allen Endteilen und Ländern zu suchen. Das Problem löst sich dahin vereinfachen: Deutschland muß exportieren, weil es importieren muß. Wichtige Rohstoffe, wie Erze, Wolle, Baumwolle, Kaufschuh usw., helfen wir nicht oder nur in unzureichender Menge. Wir müssen sie also aus dem Ausland beziehen. Auch bestimmte Arten von Lebensmittel müssen wir heute noch einführen. Diese Einfuhr muß in wesentlichen mit dem Export von Fertigserzeugnissen bezahlt werden. Wie exportieren also Waren verschiedenster Art, Maschinen, Eisenwaren, elektrische Artikel, Textil- und chemische Produkte u. a. Unser Export nahm in den letzten Jahren in erstaunlichem Umfang zu. Und dennoch konnte mit den Erringen der Ausfuhr in der Regel nicht einmal die notwendige Einfuhr beglichen werden, ganz zu schweigen von den Milliardensummen für Reparationszwecke. Die

Überschüsse aus der Volkswirtschaft also fehlten uns in den vergangenen Jahren, und sie fehlen uns voraussichtlich auch künftig, wenn es nicht gelingt, den Außenhandels ergiebiger zu gestalten. Im vergangenen Jahr ist es uns zwar gelungen, Einfuhr und Ausfuhr abzugleichen, also die Warenhandelsbilanz aktiv zu gestalten. Aber damit haben wir noch lange nicht die Milliardenbeträge herauholen können, die erforderlich wären, um Reparationen und Auslandszinsen aus eigener Kraft zu zahlen. Die entscheidende Frage lautet nun: Was kann geschehen, um — über die Aktivität der Handelsbilanz, also des Überbilanzes von Warenausfuhr zur Warenausfuhr, hinaus — zu einer Aktivität der Zahlungsbilanz zu gelangen, zu einem Ausgleich des gesamten Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland?

Das ist nicht so sehr eine Produktions- als eine Absatzfrage. Auf den ersten Blick scheint der Weg offenzustecken, meiste Waren zu erzeugen, also die Produktion zu steigern. Damit allein aber ist es nicht getan. Wollen wir die Zahlungsbilanz aus eigener Kraft ausgleichen, so müssen wir den Produktionsvertrag zwar steigern, aber es müssen gleichzeitig Märkte erschlossen werden, auf denen die Produktion Abfertigt. Diese Voraussetzungen — Produktions- und Absatzweiterleitung — bedingen sich wechselseitig. Dabei ist allerdings die Absatzfrage die entscheidende. Denn ohne Lösung des Absatzproblems ist die Steigerung der Produktion unmöglich.

Wie finden nun die Aussichten der Exportförderung eingerichtet, die Möglichkeiten erprobter Unterbringung deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt? Hängt die Förderung des Auslandsabsatzes lediglich von uns, von der Güte und Billigkeit unserer Ware ab? Oder sind ans nicht vielmehr gewisse Grenzen gezogen in der natürlichen Aufnahmefähigkeit und im Aufnahmewillen des Auslandes? Die Schwierigkeiten einer Ausfuhrsteigerung sind beträchtlich. Sie beruhen auf den grundlegenden Wandlungen der Weltwirtschaft seit Kriegsende. Der Konkurrenzsturm ist zu keiner Zeit stärker gewesen als in unseren Tagen. Die deutsche Ware muß Qualitätswert besitzen und trotzdem preiswert sein, sonst kann sie den Kampf am Weltmarkt nicht bestehen. Mit den schärfsten Waffen wird dieser Kampf ausgefochten. Um den internationalen Absatz streiten die überindustrialisierten Länder der Alten und Neuen Welt. Deutschland hat in diesem Kampfe keineswegs schlecht abgeschnitten, wenn man lediglich die Entwicklung der Ausfuhr im letzten Jahrzehnt berücksichtigt. Unterbrochen ist in diesem Zeitraum der Export gestiegen, in fünf Jahren um mehr als 40 %. An sich ein erfreuliches Ergebnis. Besiedeln nun Aussichten, die deutsche Ausfuhr darüber hinaus sowohl zu steigern, daß uns daraus die Gewinne zur Abdeckung unseres drückenden Auslandsverpflichtungen zuwachsen, d. h. also: der Reparationen und Auslandscredite? Diese Frage eindeutig in positivem oder negativem Sinne zu beantworten, liegt jenseits der Grenzen menschlicher Voraussicht. Es läßt sich die zukünftige Entwicklung des Exports aus Vergangenheits- und Gegenwartserfahrungen nicht exakt berechnen oder auch nur abschätzen. Versuchen wir aber trotzdem, einmal eine kleine Rechnung aufzumachen. Wie hoch müßte etwa die deutsche Ausfuhr steigen, um aus ihren Überschüssen alle unsere Auslandsverpflichtungen abdecken zu können?

Selbst den günstigsten Fall angenommen, daß das Gleichgewicht des Handelsbilanz wie im relativ günstigen Jahre 1929 erhalten bleibt, d. h. daß Einfuhr und Ausfuhr sich die Wage teilen, so wören wir noch lange nicht über den Berg. Denn nun wird die Frage akut: Wie schöffen wir die Summen, die notwendig sind, um die gewaltigen Pfandschulden der Zahlungsbilanz in Aktienposten zu verwandeln? Dazu gehört in erster Linie die Reparationszahlungen, dazu gehört außerdem der Zinsendienst für die Auslandscredite. Mehr als drei Milliarden jährlich stehen auf der Postseite unserer Wirtschaftsbilanz, sind also durch vermehrten Export zu decken. Um diese drei Milliarden müßte mindestens die Ausfuhr über die Einfuhr gesteigert werden. Damit ist allerdings die Rechnung noch nicht abgeschlossen. Eine Steigerung der Ausfuhr hat in jedem Fall eine Zunahme der Rohstoffe einzuholen im Gefolge; denn das rohstoffreiche Deutschland kann nur dann größere Gütermengen produzieren und exportieren, wenn es zuvor entsprechend vermehrte Mengen von Rohstoffen ins Land genommen hat. Und Fertigwaren sind nichts anderes als durch Arbeit veredelte Rohstoffe. In der deutschen Ausfuhr steht also wertmäßig ein erheblicher Anteil ausländischer Rohstoffe. Dieser Anteil kann auf etwa ein Drittel des Ausfuhrwertes geschätzt werden. Eine Steigerung der Ausfuhr um etwa drei Milliarden

müßte also eine Steigerung der Robstoffeinfuhr um eins Milliarde nach sich ziehen, und auch diese Milliarde müßte wiederum durch vermehrten Export eingedeckt werden. Ich möchte es zusammenfassen: Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge müßte unsere Ausfuhr um mindestens dies bis fünf Milliarden jährlich gesteigert werden, wollten wir aus ihren Überschüssen alle unsere Auslandsverpflichtungen abdecken. Das ist ein Wachstumscoffizient, dessen Wahrscheinlichkeit bei den gegenwärtigen Absatzverhältnissen in der Welt erträglich in Frage gestellt ist. Halten wir uns vor Augen: Die Hauptgebiete des deutschen Ausfuhr liegen in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern mit starkem Bedarf an Industrierausfuhren, in Holland, England, Amerika. Ein großer Teil dieser Länder aber straubt sich im Interesse ihrer eigenen Produktion gegen den Import fremder Erzeugnisse. Trotzdem wird eine weitere Steigerung des deutschen Exports selbst nach diesen Absatzzentren im Bereich des Möglichen liegen. Auf der andern Seite aber kann kein Zweifel darüber bestehen: eine so gewaltige Ausfuhrsteigerung, wie sie die erforderliche jährliche Mehrausfuhr von rund fünf Milliarden bedeutet, muß auf größte Schwierigkeiten stoßen. In absehbarer Zeit ist eine solche Exportsteigerung kaum vorstellbar. Die Überindustrialisierung der Welt, die ungemeine Zunahme der Produktion und das wirtschaftliche Expansionsstreben der Industriestaaten lassen eine solche Exportsteigerung im Augenblick utopisch erscheinen.

Dazu tritt ein anderes. Hohe Zollmauern hemmen den internationalen Warenaustausch. Die Balkanisierung, die politische Zerstreuung Europas durch die Friedensversicherung hat zur Errichtung neuer Zollschranken geführt. Eigene Industrien sind in zahlreichen europäischen und überseeischen Staaten entstanden, die früher Abnehmer europäischer und insbesondere deutscher Erzeugnisse waren. Bedarfsbedarf kommt als möglichst aus eigener Produktion; das ist das Ideal, dem man in vielen und gerade für den deutschen Export wichtigen europäischen Ländern zufreit. Und der Abzug nach Übersee? Soviel wird auch unser Export nach den überseischen Ländern in gewissem Umfang steigerungsfähig sein — mit einer baldigen Zunahme in dem erforderlichen gewaltigen Umfang ist jedoch nicht zu rechnen. Dazu sind weltwirtschaftlich noch unzureichende, an sich aufnahmefähige und konsumfähige Ländereigenschaften, z. B. in Asien, in China und Indien, politischer und wirtschaftlicher Natur noch nicht fortgeschritten genug. Sie können vorläufig keinen hinreichenden Erfolg für den Ausfall europäischer und anderer Absatzgebiete bieten. All das sind Zukunftshoffnungen. Wenn einmal der Absatzfall in Shanghai, europäisiert in seiner Lebensführung, über seine tägliche Einfuhrindustrie Reis hinaus weßliche Anprüche stellt, wenn der Polynesier an Stelle seiner Sandalen Gebrauchsleute, wenn einmal der Bantuegne anstatt des kendenschen Schurzes aus Palmblättern einen europäischen Kammgaranzug trägt — dann, ja dann wird das Abfallproblem — vielleicht — auch für Deutschland gelöst sein. Wie die Dinge aber heute liegen, kann man sagen: die Konsumfähigkeit der Völker hat seit Kriegsende mit der Produktionsfähigkeit der stark industrialisierten Welt nicht Schritt gehalten. Mit einer fundamentalen Änderung des Verhältnisses von Erzeugungsmöglichkeit und Verbrauch ist, in absehbarer Zeit wenigstens, nicht zu rechnen. Sie ist, in besten Fällen, ein Wechsel auf eine ferne Zukunft.

Was bleibt unter diesen Umständen zu tun? Da der wirtschaftlichen Expansion nach außen Grenzen gezogen sind, müssen wir uns darauf beschränken, ob nicht auf anderem Wege dafür Erfolg gefunden werden kann. Erinnern wir die Erzielung von Überflüsigen aus dem Außenhandel als notwendig, so steht es die Dinge einleitend darunter, wollte man alles hell von der Ausfuhr für Steigerung erwarten. Man wird höchstwahrscheinlich dahin kommen, auch die andere Seite des Außenhandels, die Ein- und Export, zu betrachten. Kann nicht auch hier der Hebel angelegt werden? Verträgt sich nicht eins mit dem andern: Ausfuhrsteigerung mit Einfuhrminderung? Notwendlich für ein Land, dessen ganze Wirtschaftsführung entscheidend wird von der Tatsache der Reparations- und Schuldenbelastung? Für ein Land, das judem ein Millionenheer von Arbeitslosen durchschleppten darf? Hier stehen wir auf einer vielerortete Streitfrage: Wie kann man die wohl allgemein als notwendig erachtete Einfuhrminderung erreichen, ohne wirtschaftliche und soziale Schäden anzurichten? Sprechen wir von der Einfuhrminderung, so schließen wir ausdrücklich die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten aus. Sie sind unentbehrlich, für unsere Wirtschaft so notwendig wie das tägliche Brot. Die Belehrung der Einfuhr wird immer nur für solche Waren und Lebensmittel in Frage kommen, die im Lande sehr in genügender Menge und in der erforderlichen Güte erzeugt werden können. In den Milliarden der Einfuhr für Lebensmittel und Getränke sowie für fertigwaren bedenken aber Beträge für Gemüse und Obst entbehrlicher Art, für Luxusgegenstände, gewaltige Summen für Einfuhren, die mit der Zeit aus heimischer

Produktion ersetzt werden können, für Molkereiprodukte, für Obst und Gemüse, Eier usw. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Import von Lebensmitteln in gewissem Umfang notwendig ist, so lange nämlich, als die deutsche Landwirtschaft das von ihr angestrebte Ziel noch nicht erreicht hat, die Ernährung aus eigener Scholle sicherzustellen. Aber die Hunderte von Millionen Reichsmark, die für diese Zwecke alljährlich ins Ausland gehen — im Jahre 1929 führten wir für insgesamt 5,8 Milliarden Lm. Lebensmittel eins beladen in unerträglichem Maß unsere Wirtschaftsbilanz. Sie verhindern ihre Aktivierung, sie zwingen uns zu zunehmender Verschuldung ans Ausland, sie tragen zur Verschlechterung des Arbeitsmarktes bei und lassen die Zahl der Erwerbslosen auf Millionenhöhe hinaufschreiten.

Es gibt eigentlich niemand in Deutschland, der sich über die Schäden übergroßer Einfüsse für ein reparations- und schuldenbelastetes Land hinwegtrügt. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, durch welche Mittel man eine Einfuhrminderung herbeiführen kann. Einfuhrverbote, dieses rigorose, aber auch primitivste Mittel der Handelspolitik, scheidet aus ernsthafter Erörterung aus — abgesehen von unerwünschten sozialen und volkswirtschaftlichen Rückwirkungen schon deshalb, weil die Gefahr ausländischer Dergeltungsmaßnahmen bestünde. Ebensoviel kann ein Boykott fremder Waren in Frage kommen. Auch über die Wirkung von Boykott wird man verschiedene Meinung sein können, wie überhaupt über alle jenen Methoden, die zwangsläufig und durch staatliche Eingriffe ausländische Waren den Grenzen fernzuhalten suchen. Auch die landwirtschaftlichen Zölle, die der Reichstag in diesem Jahr beschlossen hat, bedeuten, auf längere Sicht gesehen, nichts anderes als eine Sonnenzucht, wenn man will: eine Atempau für die Landwirtschaft. Es soll ihr Gelegenheit gegeben werden, die eigene Erzeugung von Lebensmitteln in absehbarer Zeit nach Menge und Güte sowohl zu steigern, daß die heimische Ware mit der hochwertigen ausländischen konkurrierfähig wird. Dieser Prozeß der Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und seiner Abnahmetethoden ist im Gang.

Kann der Verbraucher von sich aus diesen Prozeß fördern? Kann er seinerseits zu einer Lösung des Abfallproblems beitragen? Nicht Opfer und Entbehrungen werden von ihm verlangt, nur freiwillige, verbindnisvolle Mitarbeit. Es ist ein einfaches Gebot der Selbstdisziplin und polifunktionalen Einfüllung, die inländische Produktion bei ihren Bemühungen um Umstellung und Verbesserung zu unterstützen und dadurch das Millionenheer der Arbeitslosen herabzumindern zu helfen. Was also kann der Verbraucher tun? Es wird genügen, wenn er eingedacht diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, im Zwischenstall seines Einfuhrers deutscher Ware gegenüber ausländischer den Doryg gibt, vorausgesetzt, daß beide in Güte und Preis einander entsprechen. Das kann sehr wirksam dazu beitragen, die Einfuhr auf manchen wichtigen Gebieten durch Eigenproduktion zu erlegen und damit zwei großen nationalwirtschaftlichen Zwecken zu dienen: unserer Wirtschaftsbilanz zu aktivieren, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Denn jede im volkswirtschaftlichen Sinne nicht notwendige Einfuhr nimmt deutschen Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit und Brod. Darum ist die Frage der Exportsteigerung und der Einfuhrminderung nicht nur entscheidend für die Lösung der Reparationsfrage. Sie ist auch engste verbunden mit der dringendsten unserer Wirtschaftsnot, mit der Erwerbstätigkeit.

Darum, eben wegen dieser engen Verflochtenheit aller wirtschaftlichen Vorgänge, mindert auch das Reparations- und Schuldenproblem letzten Endes in die Frage aus: Wie schaffen wir dem Produktions- und Arbeit vermehrten Abzug draußen und drinnen? Bedeutet schon in Zeiten normalster Verhältnisse und für Länder in wirtschaftlicher Gleichgewichtslage der Abzug das belebende und treibende Moment — denn von seinem Umfang hängt der Grad der Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparats ab — um wieviel mehr für das reparations- und schuldenbelastete Deutschland, das zu allem noch die Last einer bei spiellosen Arbeitslosigkeit trägt. Die Abfallfrage wird, auf lange Sicht gesehen, zur Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Keine Anstrengung wird groß genug sein, den Export auf das überhaupt erreichbare Höchstmaß zu heben, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Aber ebenso gewiß wird sich keine beliebige Steigerung des Exportes bis zu dem Ziel der Abwölbung der Schuldenlast und der Wiedereinföderung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durchsetzen lassen. Der Exportförderung wird sich Importminderung als notwendige Ergänzung anschließen müssen. Auf beiden Seiten sind die Hebel einzulegen. Nach außen und innen werden gesetzte Abnahmehöchstfertigkeiten gefordert werden müssen. Alle Kräfte, auch die freiwillige Mitarbeit der Verbraucher, sind darauf zu konzentrieren. Nur so wird Deutschland in den Stand gesetzt werden, seine Produktionskräfte voll zu entfalten, die Lasten des verlorenen Krieges abzutragen und mit der wirtschaftlichen Freiheit auch die politische wiederzugewinnen.

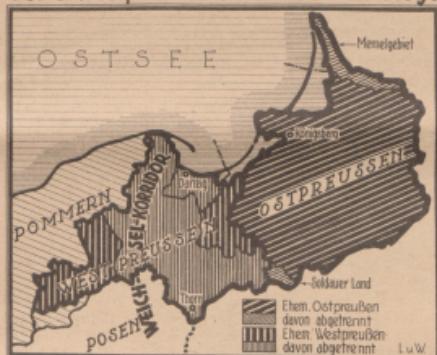
Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen im Jahre 1920.

Von Richard Götz, Marienwerder.

Das Wort Treitschkes „Dies Land bleibt deutsch!“, das in den Stein des schlichten Abstimmungsdenkmales am Fuße der Marienburg eingemeißelt ist und jetzt für das heutige Ostpreußen gilt, hatte, als Treitschke es prägte, Geltung für den

einen freien sicheren Zugang zum Meere zugesagt erhielt, errichtet werden sollte, bekannt wurde, rechnete Einfühlige damit, daß eine unerträgliche Korrektur der deutschen Ostgrenze erfolgen würde. Doch selbst die Ahnungen der schlimm-

Ost- u. Westpreußen vor u. nach dem Kriege



gesamten deutschen Osten. Wir alle, die wir in der Zeit deutscher Größe und Macht herangewachsen sind, glaubten fest an den unveränderlichen Bestand der deutschen Grenzen. Zwischen stand deutsches und polnisches Volkstum in einzelnen Grenzgebieten des deutschen Ostens in einer gewissen Kampfstellung zueinander, und das Schwanken der preußisch-deutschen Regierung zwischen Versöhnungs- und Germanisierungspolitik trug nicht dazu bei, den von den Polen über die Ostmark verbindungen nationalen Kriegszustand zu beseitigen; aber der deutsche Charakter unserer Ostgrenzgebiete war so eindeutig, die geschichtlichen und wirtschaftlichen Bindungen an das Deutsche Reich so stark, daß wir vor 1914 eine wirkliche Gefahr für die deutsche Ostmark nicht sahen.

Erst als am 5. November 1918 die Proklamation des Polenreiches durch den deutschen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg vollzogen wurde, begannen wir Ostmarkter mit bangen Ahnungen in die Zukunft zu sehen. Nur diejenigen, die von Polens langen zielbewußten Streben, seiner Mentalität und dem stillen, aber heißen Ringen zwischen Polentum und Deutlichkeit nichts wußten, konnten glauben, daß Polen nach der Aufrichtung seines Reiches der Freund Deutschlands werden würde. In demselben Maße, in welchem in den letzten Kriegsjahren sich die Herumirbung Deutschlands vollzog, wuchsen die ungeheuerlichen Ansprüche Polens auf deutsche Gebiete, bis der polnische Regierungschef in Warschau im Oktober 1918 „die Vereinigung aller polnischen Landesteile“ fordert und Korsanty im Reichstag Danzig als polnische Stadt in Anspruch nimmt.

Als die Forderung der Entente, nach welcher ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Gebiete umfaßt, die von einer unzweifelhaft politischen Bevölkerung bewohnt sind und

Ost- und Westpreußens Abstimmungsgebiete

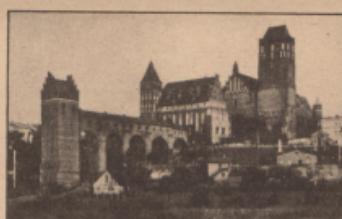


stet Pessimisten und die führenden Hoffnungen Polens wurden durch die Bestimmungen des Versailler Diktats übertragen. Daß die ganze Provinz Posen, das Kernland von Westpreußen und das Soldauer Gebiet fielen an Polen, und die Bevölkerung von Ermland-Masuren und den westpreußischen Kreisen Marienwerder, Marienburg, Rosenberg und Stuhm sollte erst durch Volksabstimmung darüber eine Erklärung abgeben, ob sie bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen wollte.

Wir Ost- und Westpreußen aus den Abstimmungsgebieten haben es damals als eine Schande empfunden, daß an dem deutschen Charakter unserer Heimat überhaupt gezwiebelt werden konnte. Nach den amtlichen Statistiken konnte man im

westpreußischen Abstimmungsgebiet höchstens mit einer polnischen Minorität von 15 v. H. rechnen, und im Allensteiner Abstimmungsgebiet lagen die Verhältnisse für die Polen noch ungünstiger. Natürlich waren diese Tatsachen den Polen nicht unbekannt; sie glaubten aber, ihre Position durch die unwahre Behauptung, die Masuren, welche im südlichen Ermland wohnen, seien Polen, zu stärken. Die Beweise, die Polen für den polnischen Charakter der Abstimmungsgebiete vorgebracht hat, müssen ja fadenscheinig gewesen sein, daß trotz jener von Hah und Siegerwahn erfüllten Stimmung, in welcher uns der Friede dictiert wurde, die Entente nicht eine einfache Abtreitung, sondern eben die Volksabstimmung anordnete.

Am 10. Januar 1920 wurde der Friedensvertrag ratifiziert, und nach seinen Bestimmungen mußten wir damit rechnen, daß zwei bis drei Wochen später die fremden Kom-



Vom und Ordensschloß in Marienwerder

misionen und Truppen eintrafen. Anfang Februar musste das deutsche Militär die Abstimmungsgebiete verlassen, und Mitte Februar rückten fremde Truppen ein. Zur selben Zeit übernahmen die „Interalliierten Kommissionen“, die aus je vier Vertretern der alliierten Hauptmächte bestanden, die Verwaltung der Abstimmungsgebiete. Wie waren aus dem Verbande des Deutschen Reiches ausgeschieden und den Beauftragten der Feindbundmächte und ihren Truppen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

— Trotzdem haben wir damals den festen Glauben nicht verloren, daß die Abstimmung eine so überwältigende deutsche Mehrheit ergeben würde, daß sich auch kein Schein des Rechts für eine endgültige Abtretung unserer Heimat an Polen finden könnte. — Sehr geschickt wurde von polnischer Seite versucht, die Mitglieder und Beamten der „Interalliierten Kommissionen“ davon zu überzeugen, daß die Abstimmungsgebiete polnischen Charakter hätten. Die fremden Truppen wurden bei ihrer Ankunft durch polnische Ehrenjungfrauen mit Blumen empfangen, polnische Deputationen brachten wohl täglich Wünsche und Beschwerden vor, die fremden Militärs wurden zu polnischen Gesellschaften geladen, und zu polnischen „Massenfundgebungen“ wurden die Polen von weit und breit herbeigeschafft. Diese „Massenfundgebungen“ der Polen fielen allerdings gegenüber ähnlichen Veranstaltungen der deutschen Bevölkerung immer recht wenig eindrucksvoll aus. Polnische Sitzungen und Flugblätter wurden in Massen verteilt



Niedenburg. Markt mit Kriegerdenkmal



Abstimmungendenkmal in Marienburg



Die Marienburg



Abstimmungendenkmal in Marienstein (Teilansicht von innen)

und polnische Vereine gebildet, die, weil jeder Pole sechs bis sieben polnischen Vereinen angehörte, recht ansehnliche Mitgliederzahlen vorweisen konnten. Trotzdem sahen die Mitglieder der fremden Kommissionen sehr bald ein, daß sie die polnischen Volksabstimmungsergebnisse mitgebracht hatten, da in den Abstimmungsgebieten fast ausschließlich deutsch gesprochen wurde und auch die Polen der deutschen Sprache durchaus mächtig waren. — Die deutsche Bevölkerung der Abstimmungsgebiete war sich ihrer großen zahlenmäßigen Überlegenheit und ihres einheitlichen Willens voll bewußt. Es kam darum für die deutschen Abstimmungsorganisationen nur darauf an, im Verein mit der deutschen Presse der polnischen Lügengeschichte entgegenzutreten, die technische Durchführung der Abstimmung vorzubereiten und die treuen Landsleute aus dem Reich, die uns im Abstimmungskampf zur Seite standen, zu erobern und gärtlich unterzubringen. Der deutsche Erfolg der Abstimmung ist nicht die Tat einzelner Führer oder Organisationen gewesen; er wurde erreicht durch die einmütige Geschlossenheit aller deutschen Bewohner der Abstimmungsgebiete. So erkämpften die Polen im Allensteiner Gebiet 2,5 v. H. und in Westpreußen auch nur 7,58 v. H. der abgegebenen Stimmen. Um so bitterer empfanden wir das Unrecht, das uns dadurch zugefügt wurde, daß entgegen dem klar zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung doch wertvolle Teile, besonders des westpreußischen Abstimmungsgebietes, an Polen abgetreten werden mußten.



Mittelelster

1920–1930. Was nach der Volksabstimmung geschah.

Von Mag. Morgthau.

Am 11. Juli 1920 stimmten in dem Abstimmungsgebiet Marienstein 97,8 v. H., in dem Abstimmungsgebiet Marienwerder 92,4 v. H. der Bevölkerung für Deutschland. Eine klarere Entscheidung ist nicht gut denkbar. Und man hätte wohl mit Recht annehmen dürfen, daß damit der Streit um Masuren und Ermland, wie um die vier Kreisfreie Westpreußen östlich der Weichsel endgültig ausgetragen wäre. Wir in den Abstimmungsgebieten haben das niemals geglaubt. Denn wir kennen unsere Gegner. Wir wußten, daß uns die Volksabstimmung ja feineswegs auf Betreiben unserer kleinen polnischen Minderheit aufgezwungen war — sie besteht aus zwei polnischen Volksplätttern im südlichen Ermland und dem westpreußischen Kreise Stuhm und stellt kaum 1 v. H. der Bevölkerung Ostpreußens —, sondern daß da ganz andere Kräfte am Werk gewesen waren. Sie lassen sich in einem Begriff zusammenfassen und mit einem Wort als „großpolnischen Im-

perialismus“ charakterisieren. Ein Imperialismus allerdings mit durchaus eigener Note. Er ist nicht, wie der Imperialismus anderer Völker, vorwiegend getragen vom politischen Machtwillen und wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang der Gegenwart, sondern ist vielmehr sehr stark in der Vergangenheit verwurzelt. Und das ist wohl erklärlich. Denn nicht umsonst und nicht zuletzt hat das polnische Volk sich seinen Nationalstolz und seinen Freiheitswillen durch 150 Jahre der Knechtschaft dadurch zu erhalten vermocht, daß seine großen Dichter ihn immer wieder glänzende Bilder malten von der Macht und Herrlichkeit des alten polnischen Reiches. Gewiß mit viel dichterischer Fantasie und Übertriebung, aber darum auch mit desto stärkerer Wirkung. Der Traum von dem „Großpolen von Meer zu Meer“ ist in der polnischen Volksseele heute so lebendig wie je. Sie bliftt verlangend nach der Ukraine, deren Besitz ihr den Weg zum Schwarzen Meer öffnen

würde; sie verwirft den Weichselkorridor als völlig unzureichenden Zugang zum „polnischen“ Meer und fühlt sich ganz ernstlich durch den Friedensvertrag um die „uralte polnische Stadt“ Danzig und das „polnische Kronland“ Ostpreußen betrogen. Also ein stark romantisches Imperialismus. Aber da er die politische Zersetzung sehr starker Gruppen und Organisationen bestimmt, im übrigen aber zu mindest der Sympathien breitesten Volksmassen sicher ist, bedeutet er einen politischen Faktor, den wir sehr ernsthaft in Rechnung zu stellen haben. Wer die Politik Polens in den ersten zehn Jahren seines Bestehens überblickt, wird seine Spur deutlich wahrnehmen. 1919 besiegt die Hallerarmee Ostpreußen, obwohl ihm die Autonomie zugesichert war. 1920 macht Piłsudski seinen allerdings verunglückten Vorschlag nach Kiew, und im Herbst des gleichen Jahres raubt Zieliński mitten im Frieden den Litauern ihre Hauptstadt Wilna und ein Drittel ihres Staatsgebietes. Aber auch wer die Arbeit der großen polnischen Organisationen verfolgt, des „Weismarkvereins“, des „Großpolnischen Lagers“ Roman Dmowski und des „Verbandes zur Errichtung Majoren“, der von dem hochangelebten sozialistischen Senator Limanowski und dem Präsidenten des polnisch-evangelischen Konfistoriums Glasz gegründet wurde; oder wer die politische Presse und die wiederholten und immer eindeutiger werdenenden Äußerungen namhafter Politiker, Wissenschaftler, ja höchster Staatsbildenträger über die „unerlässlichen polnischen Gebiete“ soeinfältig prüft, wird feststellen müssen, daß imperialistische Gedankengänge und Wilhelmine in sehr starkem Maße das politische Leben in Polen beherrschten.

Großer Seelensee bei Lützow

Diese Kräfte also waren es, die uns die Volksabstimmungen aufzwangen. Sie leiteten auch von Warschau und Posen her die polnische Propaganda im Abstimmungskampf, so daß er weniger eine nationale Auseinandersetzung innerhalb unserer Bevölkerung, als vielmehr ein deutscher Abwehrkampf gegen den großpolnischen Imperialismus wurde. Und unter diesen Zeichen standen auch die ersten zehn Jahre nach den Volksabstimmungen. — Unsere kleine polnische Minderheit, die 400 Jahre friedlich innerhalb der deutschen Bevölkerung lag, hätte ohne Zweifel sich dem klaren Spruch der Volksabstimmung als endgültige Entscheidung gefügt. Nicht so der großpolnische Imperialismus. Er erkannte die Abstimmungsergebnisse nicht an. Und vier Monate später war er bereits wieder auf dem Plan. Im November 1920 wurde der „Bund der Polen in Ostpreußen“ mit dem Sitz in Allenstein gegründet. Als Organisation des bodenständigen Polentums ist er belanglos. Die Zahl seiner Mitglieder beträgt nur wenige Hundert, und bei den politischen Wahlen erzielte er rund 5000 Stimmen, d. h. noch nicht $\frac{1}{2}$ v. H. der offiziellen Gesamtstimmenzahl. Um so größer ist seine Bedeutung als Propagandastelle. Seine Auftraggeber sind die obengenannten nationalen Organisationen in Posen und Warschau, aber auch der polnische Staat durch seine Konfariate. Die Verbindungen sind oft genug

von uns nachgewiesen worden. An Propagandamitteln stehen ihm zwei Zeitungen mit verschiedenen Beilagen zur Verfügung, die „Gazeta Olżytynka“ für das Ermland und Westpreußen und der „Majur“ für Majoren. Die Zahl der Abonnenten ist natürlich gering, einige wenige Hundert. Unentgeltlich aber werden die Zeitungen in mehreren tausend Stück ausgegeben. Ebenso zwei Kalender, ein katholisch-polnischer und ein evangelisch-polnischer, dieser für die Majoren. Die polnischen Volksbüchereien werden mit Büchern aus Polen der Welt beliefert. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Propaganda arbeiten mehrere landwirtschaftliche Genossenschaften „Rolin“¹, zwei Volksbanken, und die „Bank Majorek“, die jedoch lediglich eine Treuhänderei ist zur Verwaltung der polni-

schen Grundstücke und Gebäude, sowie der aus Polen eingehenden Betriebsmittel für die Propaganda. Eine dritte polnische Bank für Majoren, die „Majorek Bank Lubowy“ in Orlensburg, ist vor zwei Jahren in deutsche Hände übergegangen. Ein erhebendes Kuriosum ist es, daß in dieser jetzt deutschen Bank immer noch, weil vor 30 Jahren nicht lösbar, Mittel der polnischen Staatsbank, der „Bank Polski“, stecken und nun der deutschen Landwirtschaft gute Dienste leisten. Selbstverständlich versucht der Polenbund auch organi-

satorisch Boden zu gewinnen. Er gründete eine ganze Reihe

von Vereinen der verschiedensten Art, Volksvereine, Berufs- und Wohlfahrtvereine, Ge- sangvereine, Liebhaberbühnen und

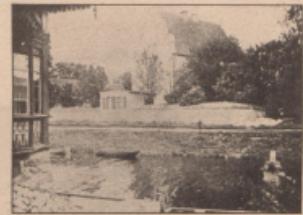
Jugendvereine und so fort. Sie stehen zwar überwiegend nur auf dem Papier, denn ihre Mitgliederzahlen sind gering und es sind meistens immer die gleichen Mitglieder

in den verschiedenen Vereinen, aber sie werden doch sehr eifrig registriert. Denn der Polenbund braucht diese paperne Vereine für seine Klassepropaganda, um seine ungeheurelle Behauptung zu stützen, es gäbe in Ostpreußen 5—400 000 Polen! (Man vergleiche damit die oben angeführten Stimmzahlen). Auch in Majoren versucht der Polenbund immer aufs neue einzudringen. Dort arbeitet er unter deutscher Flagge. Er tritt majurisch auf, gründet die „majurische“ Selbsthilfe, die „majurische“ Volkspartei und vieles andere. Über alle diese „majurischen“ Gründungen flogen bisher immer noch sehr schnell auf, sobald nämlich ihre Abhängigkeit vom Polenbund aufgedeckt wurde.

Eine gewichtigere Bedeutung kommt nur noch dem „Polnisch-katholischen Schulverein“ zu. Er ist gewissermaßen die kulturelle Abteilung des Polenbundes. Seine Aufgabe ist, die der polnischen Minderheit gegebenen kulturellen Rechte für die polnische Propaganda auszunutzen. In den ersten Jahren seines Bestehens war er bemüht, möglichst viele Eltern dafür zu gewinnen, daß sie ihren Kindern polnischen Schreib- und Leseunterricht erteilen ließen. Mit geringem Erfolg. Auch unsere polnisch sprechenden Emänner und Westpreußen — was keineswegs gleichzufügen ist mit nationalpolnisch — bewerteten es als höheren Vorteil für ihre Kinder, wenn sie gut



Deutscher Tag in Marienburg 1920



Lützow



Segler auf dem See



Großer Seelensee bei Lützow

Deutsch lernen. Bessere Ergebnisse erzielte der polnische Schulverein mit der Gründung von Kleinkindergärten. An deutschen Einrichtungen dieser Art mangelt es leider noch in erheblichem Maße. Da aber der Kleinkindergarten für unsere arme Kleinbauern- und Arbeiterbevölkerung eine starke Erleichterung bedeutet, er gibt den Frauen mehr Freizeit zur Arbeit, so schätzen auch gut deutsch gesinnte ihre Kleinkinder in den polnischen Kindergarten, wo ein deutscher nicht vorhanden ist. Die große Ausgabe aber eröffnete sich dem polnischen Schulverein, als vor anderthalb Jahren die „Preußische Verordnung zur Regelung des polnischen Minderheitsschulwesens“ in Kraft trat. Sie erleichtert der Minderheit die Einrichtung eines eigenen Schulbetriebs in denkbar großzügiger Weise. Freilich muß diese Minderheit vorhanden sein. Denn in Ostpreußen, das doch angeblich 300 000 bis 400 000 Polen zählt, sind in diesen anderthalb Jahren nur 15 Schulen, sieben im Ermland, sechs im Kreise Stuhm, entstanden. Und was das Wesentliche ist, nur eine von ihnen hat die nach internationalem Brauch als Mindestzahl für Minderheitsschulen geltende Zahl von 40 Kindern erreicht. Viele von ihnen zählen nur 8, 12, 16 Kinder. Das heißt doch nichts anderes, als daß es eben keine echten Minderheitsschulen sind, die dem Bedürfnis einer nennenswerten, wirklich vorhandenen Minderheit entsprechen, sondern es sind reine Propagandaschulen, Mittel zum Zweck in der Hand des Polenbundes.



Der Hof von Sturzebra wurde von den Polen als unentbehrlich gefordert und liegt heute tot

Und wie hat sich nun die deutsch gesinnte Bevölkerung der ehemaligen Abstimmungsgebiete in diesen zehn Jahren verhalten? Die Antwort ist kurz. Sie hat in richtiger Voraussicht der erneuten Anstrengungen der großpolitischen Propaganda sich sofort nach der Volksabstimmung ans Werk gemacht, die kulturell Abwehr auszubauen. Ihre großen Volksorganisationen, die beiden Heimatdienste mit ihren Heimatvereinen, die die Abstimmung durchgeführt hatten, stellten sich auf kulturelle Arbeit um. Sie betreut das flache Land mit Vortragsabenden, Wandskinos, Gesangvereinen, Liebhaberbühnen und Sportvereinen. Von den Städten her arbeitet der Kulturoverein Masuren-Ermland, der ein Landestheater mit Abstecherbetrieb für zwanzig Städte ins Leben rief, ein Volks hochschulheim einrichtete, Vorträge und musikalische Veranstaltungen für alle Städte gemeinsam organisiert und die Pflege der Heimatkunde und -forschung betreibt. In ähnlicher Weise arbeitet in Westpreußen der Kulturorausch. So hat unsere Grenzbevölkerung aus sich heraus ein reges eigenes deutsches Kulturleben zu beachtlicher Blüte entwickelt. Und das scheint uns die beste Antwort auf die immer noch von der großpolitischen Propaganda verbreitete Behauptung zu sein, Masuren, Ermland und der Regierungsbezirk Westpreußen wären trotz diesen Abstimmungsergebnissen unerlässliche polnische Gebiete. Sie sind deutsch nach ihrem Willen und deutsch nach ihrer Kultur.

Zur Zeitgeschichte

Regierungswchsel in Schweden.

Das schwedische konservative Kabinett Lindman hat seinen Rücktritt erklärt, weil die aus den Sozialdemokraten und den freienfinnigen bestehende Opposition in beiden Kammern des Reichstags die Regierungsvorlage auf Erhöhung der Getreidezölle abgelehnt hatte. Lindman hatte die Vorlage zu einer Kabinetsfrage gemacht und sich damit selbst zum Rücktritt gezwungen. Ein Misstrauensvotum, das eine Regierung gegen ihren Willen zur Abdankung veranlassen könnte, steht die schwedische Verfassung nicht vor. Anlaß der Krise und ihre Lösung, die der Opposition, zunächst den Sozialdemokraten, dann, da die Nachfolge Lindmans ablehnten, den freienfinnigen überlassen blieb, haben über den konkreten Streitfall hinaus für die parlamentarische Entwicklung Schwedens grundlegendes Interesse.

Das Kabinett Lindman war nach den letzten Wahlen zur Zweiten Kammer 1928 an Stelle der Sozialdemokraten, die zwar noch die stärkste Fraktion geblieben waren, aber starke Verluste erlitten hatten, am Ruder gelangt. Das schwedische Unterhaus setzt sich danach folgendermaßen zusammen:

Konservative	73
Bauernbund	28
Liberale	4
Freienfinnige	28
Sozialdemokraten	89
Kommunisten	8
	250

Das Kabinett Lindman trat sein Amt als konservative Minderheitsregierung an, wie das bisher der Übung des Landes sowie in Norwegen und Dänemark entsprach. Die Opposition erwartete von der jeweiligen Regierung diefele Loyalität und gab ihr denselben freien Spielraum, den sie gegebenfalls einmal selbst befehlen würde, für sich beanspruchen würde. Dieser Grundfaß wurde in Skandinavien zum erstenmal von dem jungen Kabinett Stauning in Dänemark durchbrochen, das eine aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende absolute Mehrheit im Folgetag bezog und sich durch eine Koalitionsregierung aus beiden Parteien eine vorausichtliche Lebensdauer für die ganze Session zu sichern vermeinte. Die Frage ist, ob nicht auch die Entwicklung Schwedens in diese Richtung drängt.

Als das Kabinett Lindman an Stelle der geschlagenen Regierungspartei, der Sozialdemokraten, an deren Stelle trat, ließ sie sich allerdings — ohne koalitionsähnliche Bindung — von der Nachpartei, dem Bauernbund, abkämpfen, mit dem gemeinsam sie immerhin über 100 von den insgesamt 250 Mandaten verfügte. In Wirklichkeit geriet es aber durch diese lose Bindung in Abhängigkeit vom Bauernbund, dessen Interessen in erster Linie mit den umstrittenen Zollerhöhungen gebunden wurde. Der Bauernbund war es auch, der der Regierung Lindman bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in der Frage des Weißbrotbegünstigungs kontingents Schwierigkeiten bereitete und der neuerdings noch das Getreidedumping (offenbar als Ausflussprämien) einschufte, da dieses dem Handelsvertrag nicht entsprach. Die Partei, die die Regierung stützen sollte, daß sie offenbar mittelbar geführte.

Dabei tat es kein Bauernbund, daß 1917 im schwedischen Parteileben gar nicht gegeben; damals trat er erstmals mit 12 Mandaten auf und hat sich seitdem stetig entwölft. Entsprechend ist es in anderer Richtung den Liberalen, als rein politischer Partei, ergangen, die bis 1917 etwa die gleiche Stärke mit Konservativen und Sozialdemokraten hielt. Jetzt ist sie auf 4 Mandate zusammengekrümpt, nachdem sie 1925 die Sessoren der Freienfinnigen erliefte. Diese Partei, die schon einmal unter ihrem Führer Edman vor vier Jahren die Regierung gehabt hatte, blieb jetzt die Zunge an der Waage und hat auch diesmal, trotz ihrer sonstigen Bedeutungslosigkeit — sie hat neben der Entnahmefrage eigentlich nur solche religiöser Art auf dem Programm —, das konservative Kabinett abgesetzt, und zwar als eine reine Parteidiktatur mit einzigen Fachministern, darunter dem früheren Berliner Generaldirektor Ramez als Außenminister. Der König hatte ausdrücklich dem Oppositionsführer aufgegeben, eine Regierung auf möglichst breiter parlamentarischer Grundlage zu bilden und damit die Zeichen der Zeit richtig erkannt. Die Sozialdemokraten hatten sich bereits erklärt, die Regierung Edman zu unterstützen, wenn ihnen in der Frage der Arbeitsmarktpolitik bindende Zusagen gegeben würden, dachten aber über persönliche Beteiligung ihrer Partei keine Wünsche geäußert. Das hängt mit dem für 1931 bevorstehenden Neuwahlen zusammen, bei denen die Sozialdemokraten, wenn nicht die absolute Mehrheit, so doch ihre Stärke wiederzugewinnen hoffen und dann eine Regierung von Beifand auf eigener Mehrheit oder in fester Koalition mit den Freienfinnigen zu bilden. Eine Teilnahme an der Regierung schon jetzt dürften ihnen nach aller Erfahrung die Wahlausichten verschlechtern.

Der Thronwechsel in Rumänien.

In Rumänien haben sich über Pfingsten politisch bedeutsame Ereignisse abgespielt. Prinz Carol, im Januar 1926 von der Chronfolge ausgeschlossen und seitdem im Auslande, zuerst in England, dann in Frankreich und in der Verbannung lebend, ist nach Rumänien zurückgekehrt und in den Pfingstfeiertagen zum König proklamiert worden. Der Regierungsrat, der seit dem Tode König Ferdinand im Jahre 1922 für den minderjährigen Sohn Carols, Michael, die Regierung führte, ist aufgelöst, aus dem neujährigen Kinderkönig ein Kronprinz geworden. Alles dies hat sich mit überwältigender Schnelligkeit und Ruhe vollzogen. Es war kein eigentlicher Staatswechsel, sondern ein einfacher Szenenwechsel. Die überwiegende Masse des rumänischen Volkes ist begeistert. Sie empfindet die Rückkehr Carols als Befreiung aus einem Zustand, der, wie dies gerade die schweren parteipolitischen Auseinandersetzungen und die damit zusammenhängenden innerpolitischen

Kämpfe der letzten Wochen erst wieder bewiesen hatten, außerordentliche Gefahren für das soziale Leben Rumäniens in sich barg. Großteil beliebt sieben eigentlich nur die Liberalen, die Anhänger des verstorbenen König Carol und seines noch lebenden Bruders Dintila, denn sie, die trost ihres Namens die eigentlichen Vertreter der Reaktion und der großkapitalistischen Interessen in Rumänien sind, waren es, die seinerzeit die Ausschließung Carols von der Chronfolge durchsetzten, weniger seiner verschiedenen Liebesabenteuer wegen, sondern in erster Linie, weil sie in ihm den Hauptträger modernerer Ideen in Rumänien sahen.

Der Thronwechsel in Rumänien kann somit für den Ausbau des neuen Rumänien zu einem modernen Staatswesen von entscheidender Bedeutung werden. Wie er sich darüber hinaus innenpolitisch, vor allen Dingen in bezug auf die Minderheiten, dann aber auch außenpolitisch weiter auswirkt, wird man abwarten müssen. R.

Zum Badischen Heimattag am 11. bis 14. Juli.

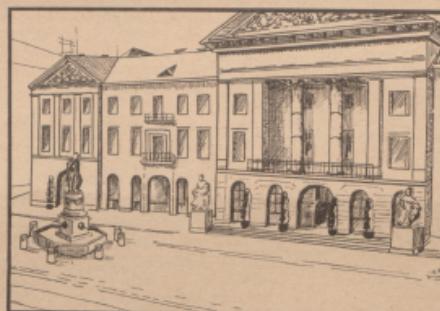
Von Dr. Paul Herzog.

Das Jahr 1930 ist reich an feierlichen Veranstaltungen. Neben den Oberammergauer Posaunenspielen und den Festspielen zu Bayreuth ist es vor allem der Badische Heimattag, der das allgemeine Interesse auf sich lenkt. In der Zeit vom 11. bis zum 14. Juli werden sich in den Mauern der badischen Hauptstadt Karlsruhe Tausende von heimatfreuen Bodenern aus allen Ländern versammeln. Sie feiern ein Fest des Wiedersehens mit ihrer heimischen Scholle, „an dem“, wie Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Finken von Karlsruhe in seiner Einladung sagt, „die badischen Landsleute, die draußen in der Welt leben, für Tage und Stunden mit denen, die dochheim geblieben sind, wieder zusammen sein wollen, um im trauten Fluslauf des Erinnerungs an gemeinsam verlebte Jugendtage alte Freundschaften zu erneuern und neue Beziehungen für die Zukunft zu knüpfen“. Darüber hinaus soll aber auch den badischen Auslandsdeutschen gezeigt werden, daß in der Zeit ihrer Abwesenheit die Entwicklung nicht stillstanden ist und daß die Heimat an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg, den Deutschland in den letzten Jahren genommen hat, eifrig teilgenommen hat.

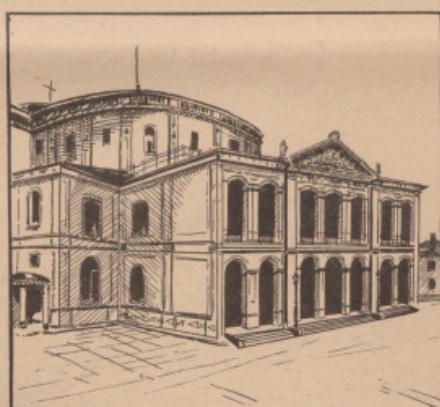
Betrachtet man die zahlreichen Anmeldeungen, die täglich den Veranstaltern von Einzelpersonen und Vereinen zugehen, so gewinnt man einen imposanten Eindruck von den vielseitigen leiblichen und seelischen Beziehungen, die das Land Baden mit der ganzen Welt verknüpfen. Mit Interesse hören wir, wie, daß sich in den Vereinigten Staaten nicht nur die Deutschen, sondern auch die engeren Landsmannschaften organisiert haben. Kein städtische badische Ortsgruppen sind aus Cincinnati unterwegs, aus St. Louis, Chicago, New York. Es kommen aber auch Leute aus dem Inneren Russlands, aus Ungarn, Rumänien, Spanien, Finnland, Italien, aus Belgien und Frankreich, Männer und Frauen, die vor Jahrzehnten aus Baden ausgewandert sind oder deren Väter und Großväter Auswanderer waren. Ihnen schließt sich eine fast unüberschaubare Kette von

badischen Vereinen an aus allen deutschen Städten, aus Hamburg, aus Bremen, aus Bonn, aus Düsseldorf, aus Hannover, aus Stuttgart, aus München, aus Kassel u. w.

Die Einladung zum Badischen Heimattag ergeht vom Verein „Badische Heimat“ mit dem Sitz in Freiburg, von der Landeshauptstadt Karlsruhe und dem Karlsruher Verkehrsverein, der auch gerne zu weiteren Ausflügen bereit ist. An der Spitze des Ehrenkomitees steht der badische Staatspräsident Dr. Joseph Schmitt. An Veranstaltungen sind vorgesehen: Am Freitag, dem 11. Juli, abends 19 Uhr, feierliche Eröffnung des Badischen Heimattages mit Begrüßungsansprachen von Staatspräsident Dr. Schmitt, Universitätsprofessor Dr. Eugen Götter-Berlin, Ehrenvorstand des Vereins „Badische Heimat“, Oberbürgermeister Dr. Finken Karlsruhe. Die Feier wird umrahmt von Mußkonzerten; an der Orgel begleitet Franz Philipp, der Direktor der Badischen Hochschule für Mußk. Von besonderem Interesse ist der während der Bodener Tage abgehaltene Kongreß der führenden Bodener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft. Im Rahmen der hier gehaltenen Einzelvorträge spricht namens der Reichszentrale für Heimatangelegenheit, Landesobstbauamt Baden, Gobelinrat Dr. Dr. h. c. Ulrich Mendelssohn-Bartholdy, Universitätsprofessor in Homburg, über „Deutschlands außenpolitische Lage“ und Paul Momberg, Professor der Nationalökonomie an der Universität Gießen, über „Kultur und Wirtschaft“. Eine literarische Abendfeier wird Werke von Hermann Eris, Buse, Wilhelm Weigand, Alfred Monbert und Alfred Schmid-Noerr zu Gehör bringen. Einen Lederkäppchen für Feinschmecker bringen zwei historische Konzerte unter Leitung von Franz Philipp: „Alte A-cappella-Muße in Baden aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Unter einer Reihe hörenswerteter Vorträge seien genannt: Dr. h. c. Hermann Buse: „Alemannische Mundartdichtung“; Dr. Leopold Ziegler: „Der Mythos vom Reich“; Dr. Friedrich Mücke:



Karlsruhe, Rathaus



Karlsruhe, Landestheater

Die werdende Weltkultur und die Mission des deutschen Geistes"; Dr. h. o. Ernst Kretz; "Das deutsche Bildungsideal"; Dr. Wilhelm Haufenstein über bildende Kunst.

Der Badische Heimattag wird auch vier interessante Ausstellungen bringen. Sehr dankenswert ist die Zusammenstellung der Siedlungsgeschichte des "Badener im Ausland", die von der Ortsgruppe Karlsruhe des Vereins für Deutschland im Ausland gezeigt wird. Neben einer Kolonial- und Marineausstellung und einer vom Reichsverband bildender Künster gezeigten großen Ausstellung "Badische Kunst der Gegenwart" wird besonders die auch anderorts schon gezeigte Ausstellung der Reichszentrale für Heimatdienst

"Deutscher Lebenswille", zehn Jahre Ringen um Wiederaufbau und Freiheit in der Deutschen Republik, das allgemeine Interesse auf sich lenken. Eine große Volksfunkstunde für das Reichstum im Ausland und in den verlorenen Kolonien wird den Heimattag im Ausland und in den verlorenen Kolonien werden. Als Festredner stehen. Dies sind in kurzen Zügen die wichtigsten Veranstaltungen, denen Gesetzverlesungen im Landestheater, Künsteausstellungen für das Volksleben und den deutschen Wald folgen werden. Beslossen wird der Heimattag von einem großen Orchester- und Chor Konzert, das Werke badischer Musiker zum Vortrag bringen wird.

Schreifstum des Badischen Heimatvereins.

Im Zusammenhang mit dem Badischen Heimatstag sei an die Zeitschrift "Badische Heimat" (Verlag G. Braun in Karlsruhe) erinnert, die vom Verein Badische Heimat und ihrem verdienstlichen Schriftleiter Hermann Eris Busse in Jodheide herausgebracht wird. Das Heft für 1930 ist wie die vorhergehenden einem Sondergebiet gewidmet. In dem 160 Seiten starken mit über 100 Abbildungen gezierten Heft wird Singen und der Hegau als Landwirtschaftsgebilde von besonderer Eigenart und Prägung geschildert. Ludwig Finck, Arzt und Dichter zu Galenborn, gibt eine landschaftlich und geschichtlich reizvolle Schilderung vom Hegau. Feuer und Wasser, stellt fest, haben in brüderlicher Gemeinschaft das fruchtbare Bodenseevorland geschaffen, das man Hegau nennt. Der Hegau ist reich an Burgen und Ruppen, Schlössern und Burgen, Städten und Dörfern, Flüssen, Weihern und Pflanzen. Hier ist noch abgediebene Welt, in der man tagelang keinem Fremden begegnet. „Dem Hegau über die weißen Firne der Alpen über die Schuttern.“ Wie es auf der einen Seite nur ein Sprung ist zum Bodensee, so wird der Hegau im Süden vom Rhein abgegrenzt. Es ist die romantische Strecke von Stein bis Schaffhausen, die Otto Werner, Büttingen, folgendem Maßen gezeichnet: „Bauend schön sind die Mondnächte am Wein; silbernes Licht fliegt über den Wellen, rieselt über Siebel, Tärme und Dächer der alten Städte; in undurchdringlicher Schwärze stehen die Wälder. Schaurig schaut die Sturmtage am Rhein. Schaudamn wälzen sich die unaufhaltsamen Wogen dem Winde entgegen, der sie zerwühlt und aufpeitigt zu weitem Blick. Rück soll aber sind die hohen Sommertage.“



Scheffelhaus
in Mettmann-Radolfzell



Am Hohenrechberg

diesem Punkt haben sich grohe Völkerbewegungen geschnitten: Von Westen kamen die Rennitierjäger und Kelten, von Süden die Römer und von Norden die ersten Indogermanen und später die Germanen. Zu den prähistorischen und historisch-römischen Entdeckungen gefallen sich die weniger bekannten Funde frühmittelalterlicher Körperkunst, über die Alfonso Zeit, Konstanz, eine gewissenhaft systematische Übericht bietet. Erwähnt sei auch der aufschlussreiche Aufsatz über die Hegaustadt Enzen. Auch Blumenfeld und Tengen aus der Feder des Regierungsbauamtmasters O. Mögl. Der Schöpfer des Hegau-Museums, Apotheker A. Junck, liefert einen aufstrebenden Beitrag über Singen, die in amerikanischem Tempo sich vergrößernde Stadt des Hegau, deren Wachstum auch außerhalb Badens Erstaunen erweckt hat. Dem Dichter Dittor von Scheffel sind zwei Betrachtungen gewidmet. Professor Oesterling, Karlsruhe, selbst Hegauer von Geburt, schreibt in kurzen Zügen die hauptfrühesten Literaturdenkmäler der Gegend. Seit den Kirchlich-lateinischen Gedächtnissen ist hier das Dichten nicht ausgeschlossen. Von den Modernen seien nur zwei Schriftsteller genannt, die hier starke dichterische Eindrücke empfangen haben, Emil Strauß und Norbert Jacques.

Sektor führt auch Dr. E. Kaufmann, Oberbürgermeister von Singen, in die wirtschaftliche Struktur des Hegaus ein. In der Landwirtschaft sind die Kleinbetriebe vorherrschend. Schon kann man oben eine starke Abwanderung in die Industrie feststellen. Um raschsten ist Singen industriell geworden. Hier machte sich die Schweizerische Nachbarschaft geltend. Werke von Weltreputat haben in Singen ihren Sitz, die Maggi G. m. b. H., die A.-G. der Eisen- und Stahlwerke, die Aluminium-Walzwerke Dr. Lauber u. a. mehr. Mit einer Literaturübersicht schließt der Herausgeber Hermann Eris Busse die interessante Schrift, die nicht nur einen tiefen und vollgültigen Einblick gewährt in einer der interessantesten Landschaften Badens, sondern auch einen beeindruckenden Eindruck erweckt von dem fortwährenden Schrifttum, das hier im südbadischen Grenzland zu Hause ist. Hochdeutsche Gedichte von Paul Sätteler und W. Hensler umrahmen das Ganze.



Aus einem badischen Städte

Zum Verfassungstag

Eine Zusammenstellung von Reden, Zitaten, Gedichten,
Daten und Vorschlägen zur Ausgestaltung
von Verfassungsfeiern

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst

Die diesjährigen Verfassungsfeiern stehen unter dem Eindruck der
Rheinlandbefreiung! So bringt diese aktuelle Schrift, die in den
Vorjahren in vielen Tausenden von Exemplaren in ganz Deutschland
Verbreitung fand, wertvolles, zum Teil
unveröffentlichtes Material zum Thema der Rheinlandbefreiung

Preis broschiert 1.— RM.

Soeben Neuauflage in bedeutend erweitertem Umfange erschienen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Potsdamer Straße 41

Sprechstelle: Kurfürst 2881

Soeben erschien:

Die zweite Nachkriegsepoke

(Vom Dawesplan zum Haager Abkommen)

Mit einem Anhang von Dokumenten, Auszügen
aus Reden, Verträgen usw.

Von

Werner Freiherr von Rheinbaben, M. d. R.
Staatssekretär z. D.

Preis broschiert 0,50 RM.

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ schreiben:

„Auf noch nicht einem Druckbogen eine kurze, doch überblickliche und
im ganzen zutreffende Schilderung der Geschehnisse in der Zeit zwischen Dawesplan
und Young-Abkommen, ... nicht uninteressant, kein unbedingter Lobredner temporis
akti ... Umgekehrt so wird in der Tat die Summe dieser letzten Jahre sich
gleichen lassen ...“

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Neu erschienen:

Richtlinien der Reichszentrale für Heimatdienst

Nr. 190. Der Neua. Plan	0,15 RM.
Nr. 191. Italien	0,10 RM.
Nr. 192/3. Die deutsche Reichsbahn	0,25 RM.
Nr. 194. Das Gesetz zum Schutz d. Landwirtschaft	0,15 RM.
Nr. 195. Minderheitenfrage als europäisches Problem	0,15 RM.
Nr. 196. Der Weg zur Finanzreform	0,15 RM.
Nr. 197. Reichshaushalt 1930 und Finanzausgleich	0,15 RM.
Nr. 198/9. Die Not der preußisch. Ostprovinzen	0,25 RM.
Nr. 200. Die nordischen Länder	0,25 RM.

Zentralverlag G. m. b. H.
Berlin W 35

Gesundung, Band 1:
Stoffwechselkrankheiten und Ernährungsstörungen, deren
Verhütung und Heilung / Herausg.: Prof. Dr. Gustav
90 S. DIN A 5, Zweiflg. Umschl.: Magerkeit-
Fettliebigkeit - Zuckerkrankheit - Rachitis u. a.

Preis
RM 1,50
u. Porto
Verhüten ist besser als heilen!
Bestellen Sie darum sofort, „Gesundung“!
Bd. 1 v. Verlag H. S. Hermann GmbH,
Berlin SW 19, Postcheck-Konto 20784

Neubau-Wohnungen

Tempelhof:

Blanke Hölle, Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.
Straßenbahn-Haltestelle Linie 60.

1½-, 2- u. 2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: Montag, Mittwoch, Freitag,
Sonnabend 1—6 Uhr, Sonntag 10—1 Uhr.
Vermietungsbüro: dortselbst, Wittekindstr. Haus 24.

Lankwitz:

Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.

1½-2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: täglich 1—6 Uhr.
Vermietungsbüro: dortselbst, Renatenweg 13.

Sofort vermiet- und beziehbar.

Grüner Neubauschein erforderlich.

Sämtliche Wohnungen sind mit neuzeitlichem Komfort (Zentralheizung, Warmwasser, mechan. Waschküche) versehen.

De - Ge - Wo

Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus,
Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin.

Von der Überseeplantage direkt nach dem Bremer Freihafen ...
von dort direkt in die Berliner Großrästerei unseres Hauses ...
und aus der Großrästerei direkt zu Ihnen!

Nur so können Sie die Kaffezollernhöhung sparen!

Decken Sie bei uns Ihren Bedarf an

Kaffee

Sorte 0 Baumkirsche, wirklich gut und ergiebig .. Pf. 2,00 RM

Sorte 1 Campino-Mischung, sehr wohlschmeckende

Zusammensetzung .. " 3,20 "

Sorte 2 Java-Spezial-Mischung, besonders hervorragender Geschmack .. " 3,60 "

Sorte 3 Java-Spezial-Mischung, besonders hervorragender Geschmack .. " 3,80 "

Sorte 4 Imperator-Mischung, das Feinste v. Feinent,

mit Hochgewicht .. " 4,20 "

ab 5 Pfund: 10% Rabatt, Lieferung frei Haus.

Kakao

... von Daka, Kakao Sorte I Pf. 1,40 RM

... von Daka, Kakao Sorte II " 1,00 "

Wir liefern in Packungen von 1/2 und 1 Pfund.

Bei Abnahme von 5 Pfund geben wir 5% Rabatt.

Tee

direkt aus dem Import genommen:

Nr. 1 Ostfriesische Mischung Pf. 4,50 RM

Nr. 2 Java-Orange-Pecoo " 5,25 "

Nr. 3 Ceylon-Orange-Pecoo " 6,50 "

Nr. 4 Darjeeling-Hochgewichte " 8,00 "

Nr. 5 Darjeeling-Hochgewichte " 9,00 "

In Packungen von 1/2 u. 1 Pfund.

Sie erhalten auf jedes Quantum 5% Rabatt.

Ein Versuch überzeugt!

HANSEATISCHES IMPORTHAUS
VON DAAK & CO. G. M. B. H.
KAFFEEIMPORT / GROSSRÖSTEREI

BERLIN-WILMERSDORF

Brandenburgische Str. 21 • J 2, Oliva 6100/01

Großdruckerel führend

Seit Jahrzehnten sind wir als
W. BÜXENSTEIN
BERGMANN 7300-7308
ALLGEMEINE VERLAGS- UND DRUCKEREIGESELLSCHAFT MBH

Moderne Typografie unter künstlerischer Leitung

FRIEDRICHSTRASSE 240-41

**OFFSETDRUCK
BUCHDRUCK
TIEFDRUCK**

Werbedrucke
Werke, Zeitschriften
liefern wir
prompt und preiswert

**CHEMIGRAPHIE
BUCHBINDEREI**

